

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Sonnenschein' mit der Sonntagsbeilage 'Witz und Zeit' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Wochensonderbeilage 'Witz und Zeit' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
'Sozialdemokrat Berlin'

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Anzeigenzeile 80 Pfennig, Restzeile 5,- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 292-295
Verlag: Tönhoff 2506-2507

Dienstag, den 7. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktian der Volksbank-Gesellschaft, Telephonkassa Lindenstraße 3

Sind Agrarzölle notwendig?

Die Agrarenquete des Reichstags.

Zur Prüfung der Frage, ob die von den Agrariern geforderten Getreidezölle notwendig sind und ob auch auf die übrigen Agrarprodukte Zölle gelegt werden sollen, hat der Zollausschuß des Reichstages bekanntlich eine besondere Kommission eingesetzt, die gestern unter dem Vorsitz von Dr. August Müller ihre Beratungen begann und sich zunächst mit der Frage der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge

beschäftigte. Als Sachverständiger kam der frühere Schutzöllner, heute aber ebenso lebhafter Vorkämpfer des Freihandels, Prof. Dr. Sering zum Wort. In einem außerordentlich sachlichen und klaren Referat legte er die Gründe dar, die das überbevölkerte Industrieland Deutschland dazu zwingen, heute auf Getreidezölle zu verzichten und im Interesse sowohl der Industrie als der Landwirtschaft eine freihändlerische Politik zu treiben.

Die früheren Agrarkrisen waren dadurch herbeigeführt, daß große Flächen unerforschtes Landes zur Verfügung standen, auf denen Getreide billig produziert werden konnte und deren Produktion die Weltmarktpreise unter denjenigen Stand drückten, der für das intensive wirtschaftende Europa erforderlich war.

Die Situation von früher ist seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts vorüber, weil die Anfruchtungsbedingungen in den überseeischen Gebieten sich verschlechtert haben. Durch die Tatsache der Bevölkerungszunahme in den großen getreideproduzierenden Ländern, dem außereuropäischen Ausland und Amerika, um 50 Millionen Köpfe ist dort ein Getreidemehrbedarf an 100 Millionen Doppelzentnern entstanden. Die Preise für Getreide stiegen auch seit 1895 und stiegen besonders scharf seit 1904, um konstant bis zum Kriegsende zu steigen.

Die größte Getreideexporteur, Rußland, ist ausgefallen. Trotz dieser Verknappung sind aber tatsächlich schlechte Agrarpreise vorhanden. Der Ausbruch dieser neuen Agrarkrise liegt begründet im Zusammenbruch der europäischen Kaufkraft.

Die Agrarkrise hat am schärfsten die Peripherieländer, andererseits aber auch durch den Krieg am schwersten betroffene Land: Deutschland betroffen. Seit Mitte 1924 vollzog sich ein großer Wandel.

Die Agrarpreise sind gestiegen.

Die Industriepreise zurückgegangen, oder doch stehen geblieben. In allen Freihandelsländern der Erde hat sich die Preisfrage geschlossen. Zum ersten Male seit Beendigung des Krieges konnten 1924 größere Quantitäten und bessere Qualitäten aufgenommen werden, weil durch das Dawes-Abkommen für ein Jahr eine Ktempause geschaffen worden ist. Es fragt sich, ob diese Senkung der Preisfrage für die Dauer ist. Es wird aus dem Jahre 1924 ein dauernder Gewinn registriert werden dürfen, denn es wird nie gelingen, die Menschen wieder herunterzudrücken auf einen niedrigeren Lebensstand.

Am einzelnen legte Sering dar, daß in den nächsten Jahren bei zehnfacher Wirtschaft innerhalb zehn Jahren 45 Millionen Hektar neuen Landes in Betrieb genommen werden müßten, um den durch die steigende Bevölkerung gebotenen Mehrbedarf an Getreide zu erzeugen. Einen intensiven Getreidebau aber habe

das deutsche Volk nicht zu fürchten. Darin sei es anderen Ländern unbedingt voraus. Die letzte Krise rührte daher, daß die Preise der Kaufkraft der verarmten deutschen Bevölkerung angepaßt werden müßten.

Inzwischen wurde der Anbau eingeschränkt. Natürlich ist eine Prognose für die Zukunft unsicher, weil die politischen Probleme nicht ohne weiteres zu übersehen sind und weil der Ernteausfall manche Schwankungen bedingt. Für Vieh und Fleisch befürwortete Sering einen Erziehungszoll, um die inländische Fleischherzeugung im Sinne einer Veredelung der landwirtschaftlichen Produktion zu heben. Er lehnte jedoch einen dauernden Fleischzoll ab, weil insbesondere die argentinische Konkurrenz sich nicht auf die Dauer halten könne, sondern bereits durch die Krise im letzten Jahre und durch die Abschachtungen von Jungvieh geschwächt sei.

An das Referat von Sering schloß sich eine recht lebhaft Diskussion an, in der der agrarische Sachverständige seine Ausführungen wiederholt ergänzen konnte. Prof. Warmbold als Sachverständiger und Vertreter des Städtischen Stadtkomitees glaubte darauf hinzuweisen zu müssen, daß auch die Amerikaner sich jetzt die Fortschritte der agrarischen Technik, insbesondere die Anwendung künstlicher Düngemittel zu eigen machten. Demgegenüber betonte Gen.

Abg. Hüfner

es sei so, daß auch die Anwendung der verbesserten Technik die Aufrechterhaltung des jetzigen Preises oder sogar eine Steigerung der Preise herbeiführt, schon weil bei etwa sinkenden Preisen auch die Industrie nicht zu sinkenden Preisen übergeben würde. Außerdem würde die Intensivierung eine Umstellung des Betriebes zur Folge haben, die in Amerika heute nur mit Kosten möglich sei. Dem schloß sich der Sachverständige Kothelke an.

Lebhaft war es interessant, wie Prof. Warmbold im Verlauf der weiteren Debatte erklärte, daß die amerikanische Landwirtschaft ihre Produktionsmittel auf Kredit beziehe und dadurch mit 22 Proz. Zinsschulden belastet sei. Demgegenüber ist die Zinsbelastung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere wenn man die gemeinwirtschaftlichen Sonderkredite der öffentlichen oder genossenschaftlichen Bankanstalten berücksichtigt, relativ gering.

Als von dem deutschnationalen Abgeordneten v. Richthofen Einwendungen gegen die Preisauflösungen Serings gemacht wurden, wandte sich der Demokrat Prof. Bonn mit großem Nachdruck dagegen und erklärte die Statistik Serings für einwandfrei. Interessant war es auch, daß der Volksparteier Hanfens, der als Landwirt in Schleswig-Holstein anfänglich in die Bedauernnis der Viehzucht aus eigenem Interesse lenkt, sich gegen Futtermittelzölle wandte. Die Deutschnationalen schrecken ja nicht davor zurück, auch den bäuerlichen Viehzüchtern durch Futtermittelzölle die Produktion zu verteuern.

Wenn sich die deutsche Landwirtschaft zugute hält, daß sie durch einen hohen Zinsendienst und durch eine starke Verschuldung zwecks Beschaffung von Betriebskapital besonders vorbelastet sei, so ist immerhin die Ausrückung des Geheimrats Weber vom Ernährungsministerium dafür bezeichnend, der feststellte, daß in Polen alle Bauern im Durchschnitt 60 Proz. ihres kommenden Ernteertrages vorweg verkauft haben, indem sie in diesem Ausmaße Schulden eingingen! - Geheimrat Sering wies in seinem Schlußwort noch einmal darauf hin, daß es für die deutsche Volkswirtschaft ein gefährlicher Weg sei, Industriehochschußzölle zu schaffen.

Schon in seinem Referat hatte er gesagt, daß das System des Ausgleiches zwischen Industrie und Landwirtschaft nichts anderes bedeute als den Versuch, die hohen Reparations- und Zinskosten von einem Berufsstand auf den anderen zu überwälzen. Der Erfolg kann nur sein, daß man sich gegenseitig die Produktion verteuert und daß man so schließlich den Export, das einzige Ventil eines überproduzierten Industrielandes zerstört.

Der Verlauf der ersten Sitzung der Enquete-Kommission ergab jedenfalls, daß die Arbeiterschaft durchaus recht hat, wenn sie den Zollwucher ablehnt. Unter diesen Umständen wird man den weiteren Beratungen, die heute, Dienstag vormittag, fortgeführt werden, mit einiger Spannung entgegensehen.

Die chinesische Krise.

Amerikas und Japans Politik.

Tokio, 5. Juli. Der neue amerikanische Gesandte in China, Murray, der am Sonnabend in Schanghai eingetroffen ist, hat erklärt, er sehe keine Möglichkeit für Amerika, von seiner traditionellen Politik der offenen Tür und der territorialen Integrität Chinas, die den Schutz von amerikanischem Leben und Eigentum gewährleistet, abzugeben.

Obwohl eine amtliche Mitteilung aus Washington über eine chinesische Konferenz noch nicht vorliegt, hält man in London die gegenwärtigen Erörterungen über die Minderung der extraterritorialen Rechte für Ausländer in China in hohem Grade gefährlich.

Die japanische Regierung ist nicht abgeneigt, der Abschaffung der extraterritorialen Rechte in China zuzustimmen. Das japanische Auswärtige Amt hält die Beprehung dieser Angelegenheit während der Dauer der augenblicklich herrschenden Unruhen für unmöglich und betont, daß die Entschlüsse der Washingtoner Konferenz die Einberufung einer besonderen Konferenz zur Erledigung dieser Frage vorsehen, sobald die Lage es gestattet.

London, 6. Juli. (A. I.) In Schanghai sind noch keine Anzeichen für eine baldige Beilegung des Streiks vorhanden. Die chinesische

Handelskammer hat zum zweitenmal 500 000 Dollar den Streitenden überwiesen. Die ausländischen Geschäftsleute bezeichnen diese Handlung der Handelskammer als einen Versuch, den Streit zu verlängern und die fremden Spinnereien stillzulegen, während die chinesischen in Betrieb bleiben.

In Kanton wurde eine neue Provinzialregierung eingesetzt. Sunje, ein Sohn Sunqatjens, ist Kommissar für den Wiederaufbau. In Hongkong verschärften sich die Gegensätze zwischen Eingeborenen und Fremden. Der Streit ergreift neue Arbeitergruppen.

Nach Mitteilungen des 'Manchester Guardian' scheint die Regierung mit anderen Staaten Fühlung wegen eines gemeinschaftlichen Vorgehens genommen zu haben. Nach der gleichen Quelle sei die englische Regierung zur Teilnahme an einer internationalen Intervention in China bereit.

England für Sicherheitskonferenz.

London, 6. Juli. (A. I.) Die Reuter erzählt, ist in gut unterrichteten britischen Kreisen nichts bekannt, was die Gerüchte über eine nahe bevorstehende allgemeine Konferenz über die Frage des Sicherheitspaktes bestätigt, jedoch wird eine solche Konferenz in nicht allzuferner Zeit für notwendig gehalten.

Wir fordern Klarheit!

Von Rudolf Breitscheid.

Warum fordern wir eine allgemeine Aussprache im Reichstag, bevor die deutsche Antwort auf die Briand'sche Note in Sachen der Sicherheits- und Schiedsverträge hinausgeht? Zunächst, weil der Außenminister selbst sie als dringend notwendig bezeichnet hat, da er die Verhandlungen nur auf ein Vertrauensvotum des Parlaments gestützt weiterführen könne. Nicht nur im Auswärtigen Ausschuß hat er diesen Standpunkt vertreten, Herr Stresemann weiß in für ihn kritischen Momenten immer Wege zu finden, die zu den Parteien - auch zu denen der Opposition - führen, und auf denen er auch einen Einfluß auf die Presse ausüben vermag. Er hat diese Verbindungen in den letzten Wochen benutzt, um auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die seiner Politik von den Deutschnationalen bereitet werden, und er hat verkünden lassen, daß er im Plenum des Reichstags Klarheit geschaffen wissen wolle.

Jetzt freilich ist er still geworden. Der Reichskanzler, der sich schon in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in ein charakteristisches Schweigen hüllte und auch dann nicht das Wort ergriff, als ihm der Außenminister geradezu zum Zeugen gegen die Behauptungen des Grafen Bestarp über die Entstehungsgeschichte des deutschen Februar-Memorandums aufrief, hat die Sache in die Hand genommen und bestimmt wieder einmal, so wie er es versteht, die Richtlinien der Politik. Er hat sich mit den Deutschnationalen, denen aus bestimmten Gründen eine öffentliche Aussprache im Augenblick unbecquem wäre, geeinigt, und Herr Stresemann verzichtet auf die angekündigte offene Feldschlacht. 'Er zog den Dolch wohl drei Fuß aus der Scheide, besah die Spitze und - steck ihn wieder ein.' Die Debatte soll erst vor sich gehen, wenn die Antwort im Besitz der japanischen Regierung ist. Damit mögen sich Herr Stresemann und seine Partei zufrieden geben, dabei mag sich auch das Zentrum, das seit der Präsidentenwahl aufs neue den Marsch nach rechts angekreuzt hat, beruhigen. Die Sozialdemokratie aber kann sich zu einem solchen Verzicht auf die Rechte der Volksvertretung nicht bereit finden.

Die Mandate der Parteien und der Rechtsparteien haben die Situation nicht erhellt, sondern noch mehr verdunkelt, und wir erleben zu allem Überfluß, wie Tag für Tag in der Presse Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Mitgliedern des Kabinetts vor sich gehen. Behauptung steht gegen Behauptung, und das Parlament hat das Recht zu erfahren, was wahr und was falsch ist. Es setzt sich über seine Pflicht gegenüber dem Volk hinweg, wenn es nicht die Gelegenheit benützt, hier Klarheit zu schaffen.

Der deutschnationale Innenminister Schiele streitet mit Herrn Stresemann darüber, ob der Inhalt des Memorandums den Mitgliedern des Kabinetts bekanntgegeben worden sei. Herr Schiele sagt nein, Herr Stresemann sagt ja. Nun ist freilich die Schiele'sche Darstellung in sich widerspruchsvoll und entbehrt sogar nicht der Komik. Ein Minister, der von einem wichtigen, die gesamte Regierung verpflichtenden Schritt eines einzelnen Ressorts durch die Presse in Kenntnis gesetzt wird, hat nach unserer beschränkten Laienmeinung nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, nähere Erklärungen einzuziehen. Fühlt er sich über- oder gar hintergangen, so hat er die Konsequenzen zu ziehen, schweigt er, so kann er sich der Mitverantwortung für die eingeleitete Politik nicht entziehen, und ebensowenig kann es die Partei, als deren Beraternemann er in der Regierung sitzt.

Dazu kommt in diesem Falle noch, daß sich der Innenminister selber dementiert. Am 25. Mai will er, wie sein jetzt bekannt gewordener Brief an den Abgeordneten Bräuninghaus besagt, den Inhalt des Memorandums noch nicht gekannt haben. Aber im März hat er nach einer anderen von ihm selbst ausgehenden Berichterstattung gegen diesen Inhalt bereits sehr ernste Bedenken erhoben. Es mag beiläufig sein, einem Streit, in dem derart merkwürdige Feststellungen getroffen werden, zu folgen, aber wir sitzen nicht in einer Kinovorstellung, die wir verlassen können, um uns schlafen zu legen, sondern hier stehen die Interessen des deutschen Volkes auf dem Spiel, das wissen will, was in dieser Regierung vor sich geht, und wer in ihr der Reiter und wer das Roß ist.

Nicht aus Neugierde, sondern weil es darüber im Klaren sein muß, ob die Parteien, aus denen sich das Kabinett zusammensetzt, auch tatsächlich entschlossen sind, die Verantwortung für die Politik zu tragen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß sich Graf Bestarp im Auswärtigen Ausschuß sehr scharf gegen die von Herrn Stresemann vorgezeichnete Linie ausgesprochen hat. Auch nicht, daß er andeutete, die Regierung sei im Grunde an ihr Februarangebot nicht gebunden, da dieses Angebot ja nicht auf einem Kabinettsbeschlusse beruhe. Frage: Werden die Deutschnationalen sich gebunden fühlen, wenn jetzt eine Note hinausgeht, die sich im Rahmen jenes Angebotes hält und wenn am Ende der Verhandlungen zustandekommen, bei denen das Angebot als unverrückbare Basis gilt?

Daß die Deutsche Volkspartei Richtlinien für eine solche

Verhandlung ausgegeben hat, ist ohne praktische Bedeutung. Selbst wenn man annehmen darf, daß dies die Richtlinien ihres zurzeit den Posten des Außenministers bekleidenden Vorgesetzten sind. Die Deutschnationalen haben bereits an diesen Richtlinien Kritik geübt, und wir wissen nicht, welche Stellung sie in Wirklichkeit zurzeit einnehmen oder gar einnehmen werden, wenn man einmal aus dem Stadium der Vorentscheidungen herausgekommen sein wird. Wir wissen nur, daß sie jetzt keine Debatte im Reichstag wünschen, weil sie sich nicht festlegen wollen, besonders nicht, solange sie keine Gewißheit über das Schicksal des Zolltarifs haben. Sie werden den Sicherheitspakt, der die Grenzen des Versailler Vertrages noch einmal festlegt, nur unterschreiben, wenn sie ihre Forderungen erhalten. Selbst wenn sie sie erhalten haben, ist es noch keineswegs sicher, ob sie Herrn Stresemann zu Willen sein werden. Erst die Zahlung, über die Leistung wird man nachher sprechen.

Kann unter diesen Umständen die Notwendigkeit einer parlamentarischen Debatte überhaupt noch irgendjemandem zweifelhaft sein? Herr Fehrenbach sucht die Ablehnung des Zentrums mit der Bemerkung zu rechtfertigen, daß eine Diskussion vor Ablehnung der Note unter Umständen außerpolitische Schwierigkeiten mit sich bringen könnte. Eine Verlegenheitsausrede. Denn wenn eine Aussprache Gefahren in sich birgt, so sind sie nicht geringer nach der Ueberreichung des deutschen Schriftstücks als vorher. Niemand verlangt ja auch, daß die Note etwa in ihrem Wortlaut im Reichstag besprochen und von ihm gebilligt werden müsse. Was wir fordern, ist nur Klarheit über die Absichten der Regierung, Klarheit über den Willen der Parteien, die angeblich oder in Wirklichkeit hinter ihr stehen. Solange die nicht vorhanden ist, wird man auch bei den internationalen Verhandlungen immer auf neue Schwierigkeiten stoßen, denn das Mißtrauen der Gegenkontrahenten gegenüber dem Wert der Erklärungen und der Unterschrift des Herrn Stresemann wird schwer zu überwinden sein. Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone, die Vorbereitung einer Abrüstung unserer ehemaligen Kriegsgegner, die Schaffung einer vernünftigen Verständigungsbasis für die Nationen Europas — alles das und noch mehr wird hinausgeschoben, weil das Kabinett Luther um seiner Existenz willen eine Politik im Dunkeln treibt.

### Luthers Galgenfrist.

Ältestenrat erst Mittwoch 1 Uhr.

In der stürmischen Geschäftsordnungsdebatte am Sonnabend war mitgeteilt worden, daß der Reichstagsler Dr. Luther bereit sei, am Dienstag im Ältestenrat über die Gründe seines Schweigens zu sprechen. Mittlerweile ist die Sitzung des Ältestenrats auf Wunsch des Reichskanzlers um vierundzwanzig Stunden verschoben worden, sie soll erst Mittwoch um 1 Uhr stattfinden.

Mittwoch tritt aber auch schon um 10 Uhr vormittags der Auswärtige Ausschuss zusammen. Ursprünglich war er auf diesen Tag einberufen worden, um, wie die Sozialdemokraten angeregt hatten, das Handelsprotokoll mit Großbritannien und andere Wirtschaftsabkommen für die Beratung im Plenum reif zu machen. Damals aber, als der Auswärtige Ausschuss zum letztenmal auseinanderging, galt es als ausgemacht, daß die Kapitalkritik in öffentlicher Reichstagsdebatte erörtert werden sollte. Da inzwischen die bekannte Wendung eingetreten ist, sieht sich der Auswärtige Ausschuss einer sogenannten „neuen Lage“ gegenüber, die zur Besprechung geradezu herausfordert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher auch am Montag an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem sie, unbeschadet der Erörterung im Ältestenrat auf die Notwendigkeit einer Aussprache im Auswärtigen Ausschuss hinweist.

## Der Kampf um den Finanzausgleich.

### Reichsrat gegen Regierung. — Die Stellung der Sozialdemokratie.

Im Steuerauschuß des Reichstags ist es in den letzten Tagen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Finanzministern der Länder und der Reichsregierung gekommen. Es handelt sich dabei nicht nur um die Frage, ob die Länder und Gemeinden die ihnen seit Jahren von den bürgerlichen Parteien versprochene steuerliche Selbständigkeit erhalten sollen, sondern auch um die Höhe ihrer Anteile an den Reichsteuern. Verschärft wurde dieser sachliche Gegensatz durch das Verhalten der Regierungsparteien und der Reichsregierung, die einen völligen Umschwung ihrer Haltung ohne Kenntnis der Länder vornahmen.

Der Gesetzentwurf der Regierung über den Finanzausgleich sah vor, daß Länder und Gemeinden vom 1. April 1926 ab ein unbeschränktes Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten. Bis dahin sollten die Länder nach dem Vorschlag der Reichsregierung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 75, an der Umsatzsteuer mit 20 Proz. beteiligt sein, während der Reichsrat eine Beteiligung von 90, bzw. 30 Proz. verlangte. Beim Beginn der allgemeinen Aussprache über den Finanzausgleich mußten die Länder zu ihrem Erstaunen wahrnehmen, daß ihre treuesten Bundesgenossen sie im Stich ließen, und daß allein die Bayerische Volkspartei für die steuerliche Selbständigkeit der Länder eintrat, während alle anderen Parteien, an der Spitze die Deutschnationalen, sie auf das Schärfste bekämpften. Sie versuchten das zwar mit der Bemerkung, daß man später über die Frage des Zuschlagsrechts noch verhandeln könne, ließen aber keinen Zweifel daran, daß von einer Verwirklichung der früheren vollen Selbständigkeit nicht mehr die Rede sein könne.

Hatte das bereits, was begreiflich ist, zu einer scharfen Rede des preußischen Finanzministers geführt, so wurde die Verstimmung noch vergrößert, weil die Regierungsparteien statt der Regierungsvorlage einen von der Reichsregierung ausgearbeiteten neuen Entwurf den Verhandlungen zugrunde legten, der dem Reichsrat und den Oppositionsparteien völlig unbekannt war. In diesem Entwurf ist vorgesehen, 1. daß die Beteiligung der Länder an den Reichsteuern nach dem Vorschlag der Reichsregierung erfolgen, 2. daß die Frage des Zuschlagsrechts bis 1927 vertagt wird und 3. daß zuvor alle Unterlagen vorliegen müssen, die eine genaue Nachprüfung des Finanzgebarens von Ländern und Gemeinden ermöglicht.

Diese letzte Forderung, die tief in die Rechte der Länder und in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingreift, stieß auf den erbitterten Widerstand der Länder. Und wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Reichsparteien in der doch gar nicht soweit zurückliegenden Zeit ihrer Opposition den heftigsten Kampf gegen solche „Uebergriffe“ und „Anmaßungen“ des Reichs geführt haben, so wird man nicht abstreiten können, daß der plötzliche Gesinnungswandel und die Form seiner Durchführung auf Widerstand stoßen mußte.

Das scharfe Auftreten der Länder hat die Regierungsparteien und die Reichsregierung zu einem kleinen Entgegenkommen veranlaßt. In der gestrigen Sitzung des Steuerauschußes ist beschlossen worden, daß der Anteil der Länder an der Umsatzsteuer bis zum 31. März 1926 35 und später 30 Proz. betrage. Somit also haben die Länder gesiegt und das Unannehmbar der Reichsregierung nicht gemacht. Der Konflikt selbst ist damit noch nicht beendet. Im Namen des Reichsrats hat der preußische Finanzminister im Steuerauschuß erklärt, man wolle vorläufig den Versuch einer Verständigung machen und behalten sich deshalb die Stellung für die zweite Lesung vor. Die Sozialdemokratie hat sich im Steuerauschuß

bei der Austragung dieses Konfliktes zunächst neutral verhalten. Auch sie ist durch das Vorgehen der Regierungsparteien vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Ihre Stellungnahme zur Höhe der Beteiligung an den Reichsteuern aber hängt von der Gestaltung der Hauszinssteuer, der Ermäßigung der Umsatzsteuer und der Höhe der Lasten ab, die Länder und Gemeinden die Reichsregierung auferlegt werden. Auf keinem Fall gedenkt die Sozialdemokratie dazu beizutragen, daß durch eine Kürzung der Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden die Hauszinssteuer erhöht oder die sozialen und kulturellen Aufgaben der Länder und Gemeinden beeinträchtigt werden. So wenig sie partikuläristische Reigungen der Länder zu fördern gewillt ist, so wenig wird sie auch die reaktionäre Absicht fördern, die sich in dem Vorgehen der Reichsregierung und der Regierungsparteien deutlich erkennen läßt.

In der fortgesetzten Debatte über den Finanzausgleich am Montag gab der preußische Finanzminister Dr. Höpfer-Achhoff namens der Länder eine Erklärung ab, die sich gegen den Antrag der Regierungsparteien wendet. Seine Annahme werde es den Ländern und Gemeinden unmöglich machen, ihre Haushaltspläne ins Gleichgewicht zu bringen, wenn sie nicht die Realsteuern in einem für die Wirtschaft untragbaren Maße anspannen sollen. Der Antrag enthalte außerdem Bestimmungen, die die Finanzhoheit und Selbstverwaltung einschränken und nach der Meinung der Länder nicht durchführbar sind. In der ersten Lesung würden die Länder auf weitere grundsätzliche Ausführungen verzichten.

Der Antrag der Regierungsparteien will, daß vom 1. Oktober 1925 ab die Länder 75 Proz. der Einkommen- und Körperschaftsteuer und 30 Proz. der Umsatzsteuer erhalten. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) beantragt, das gegenwärtige Beteiligungsverhältnis — 90 Proz. bei der Einkommensteuer und 20 Proz. Umsatzsteuer — bis zum 31. März 1926 aufrechtzuerhalten.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen erklärt, daß an der Beteiligung des Reichs in Höhe von 25 Proz. bei der Einkommensteuer nicht gerüttelt werden dürfe. Es sei aber zu erwägen, ob nicht durch die Erhöhung bei der Beteiligung an der Umsatzsteuer ein Ausgleich geschaffen werden könne. Auch Staatssekretär Dr. Poply bezeichnet den demokratischen Antrag als unannehmbar. Die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei beantragen, daß der Anteil der Länder an der Umsatzsteuer in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 auf 35 Proz., von da ab auf 30 Proz. festgelegt werde. Die Bayerische Volkspartei beantragt, die Beteiligung an der Einkommensteuer auf 90 Proz. festzusetzen.

Die Sozialdemokraten und Demokraten verlangten Aussetzung der Abstimmung, damit die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern fortgesetzt werden könnten. Der Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag der Regierungsparteien, wonach die Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer mit 75 Proz., an der Umsatzsteuer mit 35 Proz. und vom 1. April 1926 ab mit 30 Proz. beteiligt sind.

Eine längere Debatte entspann sich über den § 5 des Antrages der Regierungsparteien, der die Länder berechtigt, den Gemeinden die Anteile an der Einkommensteuer unter gewissen Voraussetzungen zu kürzen. Gegen die Stimmen der Linken wurde der Antrag angenommen.

### Die Obduktionsärzte berichten sich.

Abfällige oder zufällige Selbsttötung?

Im Hülfs-Ausschuß wurden gestern wieder die drei obduzierenden Ärzte, Dr. Strachmann, Dr. Störmer und Dr. Ripper vernommen, die selbst in Aussicht gestellt hatten, die Schlüsse ihres Gutachtens, wonach abfällige Selbsttötung vorliege, zu korrigieren. Sie taten dies recht zögernd und widerwillig. Besonders Dr. Strachmann erklärte, die Abfälligkeit der Selbsttötung sei das Wahrscheinlichere, obwohl auch er unabhällige Selbsttötung als möglich zugab. Dr. Störmer meinte, die Selbsttötung sei in einem Zustande seelischer Depression erfolgt, die eine freie Willensbestimmung ausschloß. Dr. Ripper änderte sein Gutachten dahin, daß er jetzt eine chronische Vergiftung annehme, und nicht mehr eine akute. Darüber gab es eine längere wissenschaftliche Debatte, namentlich mit den Sachverständigen

## Mein Nachbar hat ein Grammophon.

Von Swan Heilbut.

Mein Zimmernachbar hat ein Grammophon. Am Sonntag, von morgens halb zehn bis abends um sieben läßt er es spielen. Er entschädigt sich dann gewissermaßen für die strenge Arbeitswoche. Denn am Montag und Donnerstag muß er liegen, am Dienstag hört er, am Mittwoch und Sonnabend singt er im Bund; und am Freitag ist Kartenabend. „Die Reihe geht um“, sagen die Leute von diesen Kartenabenden. Wenn also die Reihe an meinem Nachbar ist, tagt sein Verein in der Stube, die rechts an die meinige grenzt. Und während sie sich bemögen mit ihren Damen, Buben und Königen, bei Becherklang und Geschrei — läuft die arme Platte ruhig immer im Kreise herum. Uebrigens — er hat nur diese eine, aber sie macht auf beiden Seiten Ruff. Und zwar ist diesseits der Hofenriedberger einstudiert, jenseits aber das Intermezzo sinfonico aus Cavalleria rusticana. — Inzwischen wiederholen sich diese Kartenabende nur in Abständen von Monaten. Alle in Betracht kommenden Freitage sind auf meinem Kalender schwarz umrandet, damit das Konzert mich vordereitet — das heißt: nicht zu Hause — findet.

Aber am Sonntag sitze ich gern zu Hause. Nun mache mir das aber Einer vor: neben diesem Schreihals von Trichter! Eine Menschenfehle wird doch wenigstens heißer — soch ein Schallrohr nie! Neulich, an einem Sonnabendnachmittag mußte ich's einzuweichen, daß mein Nachbar mich in seine Stube lud. Wir sprachen von den Fortschritten der Technik, von Straßenbahnbremsen, Motor-schiffen... und da kam ich denn sachte auf das Grammophon zu plaudern, diese prächtige Erfindung des Menschengottes! — „Ein schöner Apparat“, sagte ich, nahm die Platte von der Walze, befah mich den Hofenriedberger Marsch in der musikalischen Stenographie; dann drehte ich die Platte um und da — nun, und da fiel sie mir aus den Händen. — „O“, sagte ich und zog sogleich meine Geldtasche hervor, „sie ist wohl entzwei.“ — Aber leider war sie nicht in tausend Teile zerfallen, sondern hatte nur einen Sprung abgetriegt. Ich biß mir ärgerlich die Lippen. Er hielt die Platte in Händen und untersuchte. Ich sagte: „Rehmen Sie“, und streckte ihm einige Scheine hin, und ich räte Ihnen: Kaufen Sie einen Radioschallhörer statt einer neuen Platte.“ — „Iwo“, meinte er, „damit läßt sich noch Musik machen, behalten Sie nur Ihre Platte auf das Matheuer! Aufgehört!“ — Er tat die Platte auf die Fitzschelbe, schraubte eine neue Nadel ein — Hurra, da ging's los, der Hofenriedberger; und jedesmal, wenn die Nadel über den Sprung kreiste, trachte es, knack. Ich berechnete schon nach den Zeitabständen: Jetzt kommt er, der Knack... knack... und in meinem Gehirne knackte es mit.

Mein Nachbar verabschiedete sich, um in den Sängerbund zu gehen; denn es war Sonnabend. Ich blieb zu Hause. Morgen ist Sonntag. Bei der Lampe rechnete ich aus, wieviel Mal der „Knack“ am Sonntag von morgens halb zehn bis bis abends um sieben sich

wiederholen würde. Mit diesem „ungefähren Ueberschlag“ — so nennen die Kaufleute solch eine Kalkulation, kam ich nicht zu Ende. Aber es stand fest, daß mein Gehirn selber am Sonntagabend ebenfalls einen „Knack“ haben würde.

Da beschloß ich, am nächsten Tage einen Ausflug ins Freie zu unternehmen und legte mich zeitig schlafen. Aber der Morgen war regnerisch, die Sonne wollte nicht kommen... sie mußte wohl nicht, doch Sonntag war. Endlich, als die Stunde schlug — die ersten Takte knackten bereits — nahm ich den Hut, ging durch den Regen und trat erst gegen Mittag in eine Wirtschaft ein. Ich ging sogleich ans Büffet und fragte, ob gute Musik zu hören wäre — etwa Orchestration? Oder vielleicht ein Grammophon? — „Rein, leider nichts dergleichen“, antwortete die freundliche Birkin. Und zu ihrer Ueberzeugung war die Folge ihrer Antwort, daß ich mich an einem der kleinen Tische niederließ. Dort habe ich zum ersten Male in meinem Leben mich zu betrinken versucht. — Wie unanständig — sagen Sie? Bitte, schenken Sie Ihrem Zimmernachbar eine doppelte schadhafte Platte — nur eine einzige, das ist der springende Punkt bei dieser gesprungenen Platte! — aber im übrigen tadellos in Funktion. Vielleicht werden Sie dann zögern, den ersten Stein gegen mich zu knipsen? — — Im kleinen Tisch in der stillen Wirtschaft sehen wir uns wieder.

### Menschenliebe in der Praxis.

Chronisch kranke und sieche Menschen, die monatelang oder jahrelang, recht oft bis zu ihrem Hinscheiden in Hospitälern, Siechenanstalten und Altersheimen untergebracht sind, stellen gewöhnlich an das Leben nur noch geringe Ansprüche. Sie haben vereinzelte Wünsche, wenige kleine Freuden. Ganz zweifellos legen aber die meisten alten Leute einen gewissen Wert auf eine schmackhafte, ausreichende und betörmliche Beföstigung, auf ein Essen, das abwechslungsreich und „mit Liebe gekocht“ ist. Die Mahlzeiten spielen im Alltagsleben der Hospitalisten eine große Rolle; dies weiß jeder, der das Anstaltswesen kennt.

Wazu hoch bejährt sich auch wahrlich nicht der Gelbbaufwand, der erforderlich ist, um den Ansassen der Hospitälere eine genügende Beföstigung zu gewähren. Die Stadt Berlin gibt im Jahresdurchschnitt 10 Pf. täglich für die Verpflegung der einzelnen Hospitalisten aus. Dieser Kostensatz genügt, um ein Essen zu verteilen, mit dem die alten Leute meist durchaus zufrieden sind.

Freilich gibt es andere Verwaltungen, die tüchtig mit dem Daumen auf den Beutel brücken, wenn die Kostenregelung der Verpflegung von Anstaltsinsassen zur Debatte steht. Da bekommt man nicht selten recht merkwürdige „wohlmeinende“ Ausprüche zu hören.

So erging es auch mir neulich, als ich Gelegenheit hatte, einen großen, fern von Berlin gelegenen fremden Anstaltsbetrieb zu besichtigen. Der Oberinspektor führte. Ein alter Feldwebel, wie er im Buche steht. Ist davon überzeugt, seine Anstalt sei die beste und schönste und wirtschaftlich vollkommenste auf der Welt. Ja, die Berliner, meinte er, hätten immer die Spenderhosen an. Berlin perderbe die Preise und mache die Menschen anspruchslos und

übermütig. Ein täglicher Kostensatz von 90 Pf. für die Berliner Hospitalisten — der wirklich gerade angemessen ist — schien ihm schwindelhaft hoch zu sein. „Ich komme mit einem Satz von 54 Pf. aus“, sagte er triumphierend. Dann aber fuhr er mit der Hand über seine Denkerstirn und sprach als patentierter Wirtschaftspolitiker und echter Menschenfreund die geradezu klassischen Worte: „Wozu geben Sie denn den Leuten in den Hospitälern Jodel zu essen? Sie werden ja doch nicht wieder gesund!“

Nun, der ehrenwerte Herr Oberinspektor sei dem Verein zur Bekämpfung der Ragenverweigerung als Vorsitzender bestens empfohlen. Dr. med. Alfred Korach.

Ein interessanter Streit zwischen Presse und Radio. Die Berliner Zeitung „Europe Nouvelle“ berichtet kürzlich von einem interessanten Streit, der sich gegenwärtig in Genf abspielt. Ein amerikanischer Geschäftsmann verliert vom Völkerverbundsekretariat gegen Leistung einer hohen jährlichen Zahlung die Erlaubnis zu erhalten, von der nächsten Sitzungsperiode des Bundes ab eine Anzahl Mikrophone auf dem Beratungstisch aufzustellen. Dadurch würde der Völkerverbund Gelegenheit zu einer großzügigen Propaganda erhalten, die ihm nichts kostet, sondern noch einen Gewinn verschafft. Er könnte leicht die Reden seiner Mitglieder allen Empfangsstationen der Nachbarländer übermitteln. Der amerikanische Geschäftsmann ist indessen noch nicht so schnell zu seinem Ziele gekommen, da der Verband der in Genf eingeführten Journalisten rechtzeitig von der Sache hörte. Das Rundfunkunternehmen will nicht nur die Debatte, sondern auch zusammenfassende Berichte und Erläuterungen der Reden übermitteln. Dadurch würden sich die Journalisten in ihrem Beruf geschädigt und legten sofort scharfen Protest ein. Sie hoben hervor, daß diese Art Nachrichtenübermittlung leicht für besondere politische Interessen benutzt werden könnte, etwa auf die Art, daß die Berichte im Sinne der Nation der Konzeptionsinhaber beeinflusst würden. Da die Angelegenheit noch nicht entschieden ist, ist man allgemein gespannt, wie der Streit ausläuft. Allerdings werden die Journalisten auf die Dauer einen schweren Stand haben gegenüber den Bestrebungen. Neben durch Radio zu übermitteln. Prinzipiell kann die Entscheidung auch für die übrige Welt, wo gelegentlich schon ähnliche Differenzen ausstachen, von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Verwirklichung der Wandtheaterarbeit in Mitteldeutschland. Die Spielorte des mit dem Mitteldeutschen Landesbühnenverband in Halle verflochtenen Städte und Bühnenverbandes werden in der kommenden Spielzeit vom Landesbühnenverband der Mitteldeutschen Landesbühnenverbandes führen auch künftig Ernst Rejchle um-German-Lange.

Einrichtung einer Schauspielschule. Der Kultusminister hat, dem Antiklaren Reichstagspräsidenten zufolge, der Einrichtung einer Schauspielschule bei der Staatlichen Hochschule für Berlin zugestimmt und den Antiklaren Reichstagspräsidenten mit der Leitung dieser neuen Abteilung beauftragt.

Goldvorkommen in der Ukraine. Wie die ukrainischen Blätter melden, sollen in einigen Kreisen der nördlichen Ukraine Goldvorkommen festgestellt sein. Prof. Zulkowski, Mitglied der russischen Akademie der Wissenschaften, ist der Meinung, daß man es hier mit Goldvorkommen zu tun hat, deren Ausbeute lobend sein wird, und auf seine Anregung wird sich bereits in allerhöchster Zeit eine wissenschaftliche Kommission zur genaueren Untersuchung der in Frage kommenden Gegenden begeben.

## Eine wirkliche Aufwertung.

Die Ruhrkönige haben ihre 700 Millionen bekommen, während die Anleihegläubiger des Reichs das Nachsehen hatten. Jetzt zerbricht man sich im Aufwertungsausschuss des Reichstages die Köpfe, wieviel man den alten Anleihebesitzern an Profitem geben will. Die Regierung erklärt, neben der für die bedürftigen Reichsgläubiger vorgesehenen Vorzugsrente nur 125 Millionen jährlich für diesen Zweck zur Verfügung stellen zu können. Der Erhebung einer Sondersteuer von den Inflationsgewinnern widersehen sich die Regierung und ihre Parteien mit allen Sinnen. So werden denn die ehrsüchtigen Zeichner von Kriegsanleihe, die dem Staate ihr Vermögen anvertrauen und dabei verarmten, ihre große Enttäuschung erleben. Eine angenehme Ueberraschung dagegen wird den großen Börsenjobbern des In- und Auslandes, die mit ihren geriffelten Spekulationen die Währung vernichteten und den Staat an den Rand des Zusammenbruchs führten, bereitet. Diese Spekulanten, denen die Zeit, in der die Massen der Verzweiflung nahe waren, als eine Hochkonjunktur galt, werden eine Aufwertung erleben, wie sie sie nie erträumt haben.

In den Jahren 1922 und 1923, als die Mark tiefer und tiefer sank, wurde die Reichsanleihe zum Gegenstand des unbeschränkten Börsenspiels. Man kaufte 1000 Mark für 1 Mark, für 10 Pf. für 5 Pf., für  $\frac{1}{100}$  für  $\frac{1}{1000}$  und schließlich für  $\frac{1}{10000}$  Pf. und für noch niedrigere Preise. Von den rund 70 Milliarden Reichsanleihe, die heute noch in den Händen des Publikums sind, waren damals etwa 50 Milliarden im Umlauf. Nur 20 Milliarden befinden sich noch in den Händen der ursprünglichen Besitzer. Nichts liegt näher, als die ganzen Bestände, die damals durch die Hände der Spekulanten liefen, von jeder Aufwertung auszuschließen und für ungültig zu erklären. Umso größer dann die Freiheit und Beweglichkeit des Reichs in der Sorge für den ehrlichen Altbesitz.

Regierung und Regierungsparteien gehen einen anderen Weg. Sie lehnen das gestern im Aufwertungsausschuss unter Hinweis auf obige Zahlen vom Gen. Keil gestellte Verlangen, die Spekulation auszuschließen, ab und sind entschlossen, demjenigen, der für 1000 Mark Anleihe  $\frac{1}{10000}$  Goldmark gekauft hat, genau je 50 Mark Ablösungsanleihe auszuhandeln, wie dem, der 1000 Goldmark gekauft hat! Nur soll der Spekulant zunächst nicht an der Auslösung teilnehmen. Natürlich wird das Meer der Spekulanten sich alsbald rühren und Einlösung ihres Scheins verlangen. Auf Kosten der ehrlichen Gläubiger!

Alle Bewährungen unserer Genossen, diesen himmelschreienden Akt zu unterlassen, blieben ungehört. Die Regierung, die die Sparkasseneinlagen aus der Inflationszeit streichen, jedes Darlehen aus dieser Zeit mit lächerlichen Sätzen aufwerten will, läßt den Börsenspekulanten, die sich auf Kosten der deutschen Währung bereichert haben, ihre volle Fürsorge angehen. Sie allein werden eine wirkliche „Aufwertung“ erfahren!

## Sachliche Aussprache über die Seehandlung

Im Barmat-Ausschuss des Landtages fand gestern in einer längeren Sitzung eine sachliche Aussprache über die Seehandlung statt. Diese gründliche Auseinandersetzung, an der nicht nur Mitglieder des Ausschusses, sondern auch der frühere Staatsbankpräsident von Dombos, sein Nachfolger Schröder und die übrigen Herren der Seehandlung teilnahmen, gewann dadurch an Interesse, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht als sachverständiger Zeuge wiederholt zu Worte kam. Nach dem Tannenzapfen-Dreß der letzten Sitzungen war diese grundsätzliche Aussprache geradezu wünschenswert. Schacht hob die Mängel der Kreditpolitik der Staatsbank im vorigen Jahre hervor, wobei die Herren vom Staatsbankdirektorium diese Mängel teils zugeben, teils bestreiten, und im übrigen die Maßnahmen erörterten, die inzwischen zur Abhilfe getroffen wurden.

## Einzelberatung im Zollauschuss.

Der in der Vormittagsstunde leise geahnte Konflikt war sofort bei Beginn der nachmittäglichen Zusammenkunft da. Die Regierungsparteien versuchten wieder, die Redezeit zu beschränken. Sie verlangten in einem Antrag eine geschlossener Zusammenfassung der einzelnen Positionen und außerdem, daß für die Untergruppen jeder Fraktion nur eine Stunde Redezeit zur Verfügung stehen sollte. Der Genosse Breitscheid wandte sich entschieden gegen diese Einengung. Er betonte, daß es bei dieser wichtigen Frage nicht von geringerer Bedeutung sei, als zum Beispiel bei den Steuerentwürfen und bei der Aufwertung, daß eine gründliche Aussprache ermöglicht werde. Schließlich wurde auf sozialdemokratischen Antrag mit Unterstützung der Kommunisten, der Demokraten und des Zentrums die Abstimmung über den Guillotine-Antrag verlegt.

Eine große Debatte entspann sich dann über die Position Glas.

Dabei wies der Genosse Buchwitz, auf ein vorzügliches Material gestützt, nach, daß die Rückständigkeit der deutschen Glasindustrie nicht durch einen höheren Zollsatz beseitigt werden kann. Schneider (D. Sp.) verlangte dagegen einen ausreichenden Zollsatz für die verarbeitenden Industrien. Die Beweisführung des Genossen Buchwitz für die schließliche Glasindustrie wurde durch den Genossen Dr. Rosenfeld durch eine Darstellung der Verhältnisse in Thüringen wirksam ergänzt. Zu derselben Frage äußerte sich noch der Genosse Frölich-Thüringen. Er wies auf die glänzende Entwicklung einiger Glasfabriken hin und stellte dazu in Gegensatz die furchtbare Lage, in der sich die weiterverarbeitende Heimindustrie mit ihrer Arbeiterlosigkeit befindet. Aber auch diese Argumente blieben fruchtlos, die Mehrheit stimmte die sozialdemokratischen Anträge nieder.

Dann begann der Ausschuss mit der Beratung der Gruppe Textilindustrie.

und zwar mit der Unterabteilung Seide. Die Generaldebatte über die ganze Materie wird im Anschluss erfolgen. Genosse Krähig, einer der besten Kenner der wirtschaftlichen Bedingungen des Textilgewerbes, wies in seinen Ausführungen nach, daß in der gut organisierten Seidenindustrie das Bestreben vorherrscht, die Ware nach dem Auslande billiger zu verkaufen, als sie den inländischen Markt bedient. Nach seinen Berechnungen wird sich die Zollserhöhung bei einem Konsumartikel wie jedene Damenstrümpfe so auswirken, daß ein Paar dieses Artikels um 90 Pf. bis 1 M. verteuert wird. Dabei befände sich die Seidenindustrie absolut nicht in einer Notlage, die solche Maßnahmen, wie sie der Zollsatz darstellt, bedinge. Die Kunstseidenproduktion sei in Deutschland dominierend. Die günstige Entwicklung dieses Zweiges beweise die Handelsstatistik, die gegenüber den Zahlen von 1913 bei der Einfuhr einen Rückgang von 52 Proz., bei der Ausfuhr dagegen eine Steigerung um 57,6 Proz. ergebe. Die glänzende Lage dieser Industrie werde aber auch dadurch bewiesen, daß die Glanzstoffwerke in ihrer letzten Rechnungslegung einen Fabrikationsgewinn von 10.890.000 M. nachwiesen.

Sehr treffende Worte fand die Genossin Schiffsens, eine ehemalige Textilarbeiterin aus dem Waghener Bezirk. Die Zollsätze für Seide, die zum Teil gegenüber den Vorkriegszöllen verdreifacht werden sollen, sind wirtschaftlich unzulässig zu tragen. Im Vorjahre reabschätzte die Schweiz, ihre Zollsätze zu verdoppeln. Damals behauptete die Industrie, daß damit jede Ausfuhr unmöglich gemacht würde. Wie soll die deutsche arbeitende Industrie Zollsätze zu tragen vermögen, wie sie die Regierungsvorlage vorsieht?

Nach weiteren Ausführungen des Genossen Krähig wurde die Debatte geschlossen. Die Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt. Die Regierungsmehrheit bewilligte die vorgeschlagenen Sätze. Fortsetzung der Beratung Dienstag vormittag 11 Uhr.

# Der Sicherheitspakt im Oberhause.

## Außenpolitische Debatte in London.

London, 6. Juli. (WZ.) Im Oberhaus wurde heute die angekündigte Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten von Asquith eröffnet. Dieser stellte zu Beginn seiner Rede die Frage, welcher Fortschritt gemacht worden sei, oder erzwungen werde, was die Räumung Kölns und des Kölner Gebietes durch die britischen Truppen anbelange, ferner, welches das Ergebnis der alliierten Erwägungen der angeblichen Verzögerung Deutschlands in Erfüllung des Versailler Vertrages sei und welche Rechtfertigung für eine weitere Verzögerung der Räumung der genannten Zone bestehe. Asquith kam dann auf die Sicherheitsfrage zu sprechen und erklärte: Die bestehende Unsicherheit und der Mangel angemessener Vorkehrungen zum Zweck ihrer Beseitigung ist nicht nur gefährlich für Frankreich, sondern für alle europäischen Nationen. Alle bisherigen Versuche, eine Regelung zu finden, sind gescheitert; sie zu finden bleibt jedoch die erste Aufgabe der europäischen Staatskunst. Es ist von großer Wichtigkeit, daß

### Deutschland Mitglied des Völkerbundes

wird. Der neue Sicherheitspaktentwurf ist mit Befriedigung zu begrüßen. Ein solcher Pakt, der im übrigen unbedingt unabweislich sein muß, würde die Autorität des Völkerbundes nicht schwächen, sondern stärken. Ein Vorzug ist es, daß die Initiative von Deutschland ausgeht, und daß sein Vorschlag einen bedeutenden Fortschritt darstellt, wobei nur zu bedauern ist, daß die Bezugnahme auf die Revision von Verträgen unklar gehalten ist. Asquith, der darauf die Frage der Revision der Friedensverträge an Hand der bestehenden Bestimmungen näher erläuterte und darauf die Frage stellte, ob der Schiedsgerichtsvertrag, der unter dem Pakt geschlossen werden solle, sich auf Fragen erstrecken solle, die sich im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrage ergeben könnten, gab zum Schluß seiner Hoffnung Ausdruck, daß der geplante Sicherheitspakt die erste Etappe eines entscheidenden Vertrages zur dauernden Befriedigung der Welt werde.

Lord Halsdan, der nach Asquith sprach, erklärte, daß er den Geist des vorgeschlagenen Paktes billige, ersuchte jedoch um Informationen bezüglich der Einzelheiten.

Lord Grey führte aus: Die Bedeutung des deutschen Vorschlages zur Regelung der Sicherheitsfrage kann nicht hoch genug angeschlossen werden. Der deutsche Vorschlag weist einen

### neuen Weg für die Zukunft Europas.

Seit Beendigung des Weltkrieges hat die Autorität der europäischen Zivilisation, wie dies die Ereignisse in Ägypten, Marokko, China und anderswo zeigen, beispiellos vermindert, und die Frage des Augenblicks ist, wie sie wieder hergestellt werden kann. Europa kann aber sein früheres Prestige nur wieder herstellen, wenn es bezüglich des künftigen Friedens ein Beispiel gibt. Die deutschen Vorschläge für einen Sicherheitspakt eröffnen nun einen neuen Weg und einen besseren als den der alten Sonderbündnisse. Wenn sie Erfolg haben, so werden sie dem früheren Zustand, wonach Deutschland und Frankreich jedes für sich versuchten, Sicherheit auf Kosten des anderen zu erreichen, ein Ende machen und beiden Ländern eine Sicherheit bringen, an der sie ein gleiches Interesse und gleichen Anteil haben. Die Verpflichtungen, die Großbritannien übernehmen müßte, wären die Hochhaltung des Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit und des Grundgesetzes, daß Großbritannien zu den angegriffenen Nationen steht. Großbritannien darf sich nicht abseits halten, eine Politik der Isolation ist unmöglich. Selbstverständlich müssen die Dominions in jedem Punkte zu Rate gezogen werden, und es darf kein Druck auf sie angewandt werden, Verpflichtungen zu übernehmen, die sie nicht eingehen wollen. Andererseits muß die Regierung alles und um den Dominions die Bedeutung des gegenwärtigen Standes der europäischen Angelegenheiten und der Interessiertheit Englands an diesen klarzumachen, und die Dominions

wissen hoffentlich, daß es für die britische Regierung wesentlich sei, sich an den europäischen Angelegenheiten zu interessieren, wenn sie auch vielleicht selbst keine endgültigen Verpflichtungen übernehmen wollen. Grey gab zum Schluß seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Sicherheitspaktes Erfolg haben werden.

Lord Balfour, der darauf das Wort nahm, erklärte zunächst, da die Ausführungen seiner Vorredner eine Verteidigung der Politik der Regierung darstellten, bleibe ihm sehr wenig zu sagen übrig und erinnerte dann in Beantwortung der Frage Asquiths bezüglich der

### Räumung deutschen Gebietes

an die Umstände, unter denen die im Januar fällige Räumung verschoben wurde, sowie an die Ereignisse, die zu der französisch-britischen Abrüstungsnote führten. Er sagte, bisher sei von der deutschen Regierung keine Antwort eingegangen, und dies sei der augenblickliche Stand der Lage. Balfour fuhr dann fort, er teile nicht ganz die Besorgnisse Greys, daß die Schwierigkeiten Englands auf die Abnahme des Prestiges der europäischen Zivilisation zurückzuführen seien. Er stimmte aber der Ansicht vollkommen zu, daß der Weltkrieg die allgemeine Umwälzung hervorgerufen habe, an der man jetzt leide.

Lord Balfour erklärte weiter: Wir wünschen nichts, was die Frage Deutschlands ungünstig beeinflussen könnte, nichts, wogegen der deutsche Nationalstolz oder die deutsche Politik sich wenden müßte, und ich hoffe daher zuversichtlich, daß die Vorschläge, welche wir, nachdem Deutschland die Initiative ergriffen hat, gemacht haben, schließlich von der deutschen Politik angenommen werden. Wenn dem so ist, wenn wir das Glück haben werden, daß auf dieser breiten Basis

### ein allgemeines Übereinkommen

getroffen wird, so kann nicht der geringste Zweifel auskommen, daß einer der wesentlichsten Beiträge zur Zivilisation und zum Frieden geschaffen werden wird. Wenn infolge unzeitgemähen Zögerns, oder Zweifeln oder aus irgendeinem anderen Grunde irgendeine der in Frage kommenden Parteien, die an diesem Sicherheitspakt teilnehmen sollen, jetzt zurücktreten würde, so stimme ich mit Lord Grey darin überein, daß ein schlüssiger Schlag gegen das Glück, die Wohlfahrt der Menschen nicht geführt werden könnte, eine größere Erschütterung der ganzen Welt, die für die Genesung von dem Unglück der Vergangenheit kämpft, nicht ausdenkbar ist. Ich kann nicht glauben, daß irgendwelche Staatsmänner diese gewaltige Verantwortung auf sich nehmen wollen. Es scheint, daß wir Land in Sicht haben, sicherlich wird das Schiff der Zivilisation nicht durch

### verbrecherische Torheit

von jenen zum Scheitern gebracht werden, die für seine Führung in Wirklichkeit verantwortlich sind. Ich weiß, daß wenn ich diese Hoffnung zum Ausdruck bringe, — und es gibt mir große Befriedigung so zu denken —, die britische Regierung die warmste Sympathie aller jener haben wird, die in diesem Hause gesprochen haben, und ich glaube, daß sie nicht allein die Parteien, für die sie sprach, sondern daß sie die besten politischen Gedanken unseres Landes vertreten und wünschen, daß die Bemühungen der Regierung, die für eine Sache, die nicht die Angelegenheit einer einzelnen Partei noch eines einzelnen Landes, sondern der Zivilisation an sich ist, von dem größten Erfolg gekrönt werde.

An der Fortsetzung der Debatte erklärte Lordkanzler Cave in Beantwortung einer Frage Lord Redesdales, ob in dem Sicherheitspakt vorgesehen sei, wie die Bedingungen des Paktes durchgeführt werden sollen: „Ich bitte den Fragesteller, warten zu wollen, bis das Dokument dem Parlament vorgelegt wird. Wie das hohe Haus weiß, ist der Vertrag noch nicht formuliert, aber er ist bereits oder wird in wenigen Tagen Gegenstand von Verhandlungen sein.“

## Der Kampf in Marokko.

### Prellige- oder Verständigungspolitik.

Paris, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die kritische Zuspitzung der militärischen Lage in Marokko stellt die französische Regierung vor folgenschwere Entscheidungen. Nachdem man mochenlang der öffentlichen Meinung die Wahrheit vorenthalten und Sieg über Sieg gemeldet hat, wo in Wirklichkeit Abd el Krim eine von Woche zu Woche sich abetretende in Erscheinung tretende militärische Überlegenheit zu erringen vermocht hat, wird am Montag zum ersten Male amtlich zugegeben, daß die Entwicklung auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz eine verhängnisvolle Wendung genommen hat, die vorgehenden französischen Linien auf einem großen Teil der Front durchbrochen sind und der Massenabfall der bisher treugebliebenen Stämme nicht nur die einzige Bahnlinie, die das nördliche Marokko mit Algier verbindet, ernstlich bedroht bzw. den Besitz der beiden wichtigen Städte Fez und Taza stark gefährdet. Ein außerordentlicher französischer Ministerrat trat daher am Montag abend zusammen, um über die Lage in Marokko zu beraten. Wie diese Dinge liegen, gibt es für Frankreich nur zwei Auswege aus der Krise: entweder einen raschen Friedensschluß mit Abd el Krim oder die Fortsetzung der militärischen Operationen im wesentlich breiteren Umfang als bisher, d. h. die Entsendung neuer beträchtlicher Verstärkungen an Material und Menschen zur Einleitung einer großen Offensive gegen Abd el Krim. Indessen wird von den militärischen Sachverständigen selbst zugegeben, daß Frankreich dadurch in einen Kolonialkrieg von langer Dauer verwickelt werden kann. Die wiederholten Erklärungen, die Poincaré und Briand in beiden Kammern des französischen Parlaments abgegeben haben, lassen keinen Zweifel darüber, daß die zuständigen Regierungsstellen bisher der Auffassung gewesen sind, daß ein Friedensschluß mit Abd el Krim erst dann möglich sei, wenn durch einen entscheidenden Sieg das militärische Prestige Frankreichs und damit seine Autorität in den nordafrikanischen Kolonien wiederhergestellt ist. Die Entwicklung der letzten Wochen dürfte aber auch die französische Regierung davon überzeugen haben, daß die von den Rationalisten mit Unterstützung der gesamten Rechtspresse verlangte Offensive zu einem für Frankreich sehr kostspieligen Abenteuer werden kann, das als zu leicht zahlreiche Menschenleben, Material und Geld verschlingen wird. Die Regierung scheint sich insofern für den Versuch entschlossen zu haben, auf dem von den französischen Linksparteien geforderten Verhandlungswege zu einem Friedensschluß mit Abd el Krim zu gelangen.

Ueber die Bedingungen, die Frankreich und Spanien gemeinsam vorzuschlagen beabsichtigen, werden am Montag Mitteilungen verbreitet, wonach die beiden Mächte bereit seien, die Autorität des Rifs anzuerkennen und dessen wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherzustellen. Darüber hinaus soll Frankreich bereit sein, die strittige Zone nördlich des

Duergha, deren Besetzung durch die französischen Truppen im Frühjahr 1924 den Angriff Abd el Krims ausgelöst hat, den Stämmen des Rifs zu überlassen, als Bedingung dafür aber die Anerkennung der Souveränität des Sultans durch Abd el Krim verlangen. In dieser Forderung dürfte das Haupthindernis für einen Friedensschluß zu suchen sein. Die Souveränität des Sultans von Marokko ist ein reines Luftgebilde. Die Anerkennung seiner Souveränität würde in Wirklichkeit die Anerkennung der französisch-spanischen Oberhoheit über das Rif bedeuten. Sie wird von Abd el Krim, der seit drei Jahren gegen Spanien und Frankreich nicht für die Autonomie, sondern für die Unabhängigkeit des Rifs kämpft, aufs entschiedenste abgelehnt, und es ist kaum anzunehmen, daß ihn seine militärischen Erfolge über zwei europäische Großmächte geneigter zu zu einem Verzicht gemacht haben. Wenn also Frankreich wirklich den Frieden will, so wird es seinen Widerstand gegen die Unabhängigkeit des Rifs, dessen Stämme seit 2000 Jahren niemals eine Fremdherrschaft gebildet haben, aufgeben müssen.

## Die Völkerbundsvereine in Warschau.

Warschau, 6. Juli. Die neunte Tagung des Weltverbandes begann am Sonnabend mit Kommissionsitzungen. Im Vordergrund standen die Entwürfe eines allgemeinen Völkerbundsvertrages. Bei dem offiziellen Empfang der Delegierten sprach der polnische Arbeitsminister Social von dem polnisch-jüdischen Ausgleich, ohne jedoch auf Einzelheiten einzugehen. Nach Pressemeldungen soll es sich vor allem um das Zugeständnis der Handelsverträge an Sonntagen handeln.

## Gelsenkirchen wird geräumt.

Gelsenkirchen, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Besetzung der Gelsenkirchen-Woahumer Zone hat den Befehl erhalten, sich marschbereit zu halten. Im Laufe dieser Woche wird zunächst die Artillerie abziehen. Die technischen Truppen werden als letzte die zu räumende Zone verlassen. In Verbindung mit der Räumung haben in den letzten Tagen zahlreiche Offiziere und Mannschaften Urlaub erhalten. Die Bevölkerung hat die Mitteilung von der Räumung in würdiger erster Haltung empfangen. Die Oberbürgermeister der zu räumenden Städte haben die Bevölkerung bringend gebeten, bei dem Abzug der Besatzungstruppen Ruhe zu bewahren und alle Handlungen zu unterlassen, die geeignet sind, Reibungen mit der Besatzung hervorzurufen.

Oesterreichs Gesandtenwechsel. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltete gestern eine herzliche Abschiedsfeier für den Gesandten Redl, der sich eine Begrüßung des neuen Gesandten Dr. Feig Frank angeschlossen.



# Ferienwanderung durch Thüringen



Sonnentage lassen die Sehnsucht wachsen, hinauszumwandern aus der Enge der Großstadt in die Weite der Landschaft. Reisen ist nicht mehr das alleinige Vorrecht weniger Besitzender. Die Arbeiterschaft schreitet langsam aber zäh vorwärts in ihrem Ringen um Teilnahme an den wahren Kulturgütern. Arbeiter wandern in den Ferientagen durch das Land. Eigene Herbergen gewähren ihnen gastliche Unterkunft. Einfach ist ihr Leben auf der Fahrt, wie im Alltag. Aber reich an innerem Erleben kehren sie heim von ihren Wanderungen, auf denen sie sich die Schönheiten der Heimat vorbilden.

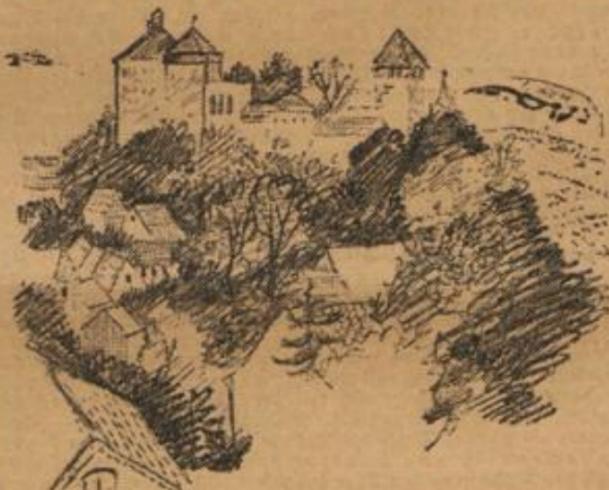
## Ins Thüringer Land.

Ins deutsche Mittelgebirge, ins Thüringer Land, führt uns die Eisenbahn. Am frühen Morgen läuft der Abzug aus der verdäunerten Halle des Anhalter Bahnhofes, kurz nach 3 Uhr hält er im jugendmobilen Eisenach. Hier ist alles Berganmut: Die Wartburg und der Hörtelberg, Frau Venus und Tannhäuser, Sebastian Bach und Luther, Jetho Keuler und Richard Wagner. Und über allem ein Hauch neuzeitlichen Lebens, der den bestimmenden Einfluß von Geschichte und Sage nur noch fühlbarer macht. Zum hohen Wartburgturm grüßt Thüringer Land wie einst, Rhön und Hoher Weißner ragen in der Ferne, dazwischen dunkelgrüner Lannenswald, hier und da Dächer von bescheidenen Dörfern, die im Sonnenglanz leuchten. Und über dieser herrlichen Landschaft ziehen die Wolken, heute wie in der Vergangenheit. Eisenach ist eine Fremdenstadt, sie ist das Ziel zahlloser Besucher. In den Jugendbergen findet der Arbeiterwanderer billige Unterkunft. Er muß jedoch Mitglied des Verbandes der Jugendbergeber sein (über 18 Jahre 3 Mark jährlicher Beitrag) oder einen Heilenaussweis haben, der für Jugendliche bis zu 18 Jahren, sowie für Schüler und Studenten 50 Pfennig kostet. Nähere Auskunft über diese Angelegenheit erteilen die Hauptwandauskunftsstellen in der Poststr. 16 und die einzelnen Jugendämter. Nach einer Nacht im schönen Eisenach durchwandern wir am nächsten Morgen das Marien- und Annatal, dessen schönster Teil die ewig tropfende Drachenschlucht ist. Diese 180 Meter lange Schlucht wird von einem numieren Bach durchflossen, der mit Rundhölzern überdeckt wurde, so daß man nun die Schlucht fast trockenem Fußes durchschreiten kann. Pflanzen, die die Feuchtigkeit lieben, wie Flechten und Algen, Moose aller Arten und nicht zuletzt Farnkraut überwuchern die feil ragenden trüpfelnden Wände dieser Schlucht, die die einzige echte Klamme Mitteldeutschlands sein soll. Durch schönen Wald führt ein Weg zur hohen Sonne, an dessen Ausgang ein Rückblick einen überraschenden Ausblick auf die Wartburg bietet. In einer schmalen Schlucht von Bäumen ragt sie in der Ferne auf wie ein Kleinod. Herrliche Fernsichten schenkt dem Wanderer die Weinstraße, die auf den Höhen um Eisenach herumführt. Wandert er dann auf dem Rennsteig über den Geberstein in südöstlicher Richtung, so schreitet er auf der uralten Heerstraße, die den Thüringer Wald von Hörtel a. d. Werra bis Blankenstein a. d. Saale durchschneidet. Immer neue und wunderbare Ausblicke eröffnet diese Rennsteigwanderung, die wir an diesem Tage in Brotterode beenden. Dieses idyllisch gelegene Dorf, dessen Jugendberberge uns eine Ruhestätte für die Nacht gewährt, wurde im Juli 1895 ein Raub der Flammen. Aus der Asche ist es dann neu entstanden. Rördlich von Brotterode locht der Inseis-

berg, südlich das wildromantische Trusetal mit seinem künstlich angelegten Wasserfall. Der folgende Tag führt uns wieder auf dem Rennsteig. Vorüber an blühenden Bergwäldern und schattigen Tälern streben wir zum Heubergerhaus und dann wandern wir über die Hohe Reife und den Blestein nach dem Doppeldorf Lambach-Dietmar. Hier hatten wir der Talsperre einen Besuch ab. Sie sammelt die Wasser der Gebirgsbäche und versorgt die Ortschaften mit dem kühlen Raß. Wir beschließen diesen Wandertag in der Jugendberberge von Lambach. Wer aber gut zu Fuß ist, mag weiter wandern zum Heim der Naturfreunde, dem Finsterbacher Pirchhaus oder bis zur Jugendberberge des südlich gelegenen Oberhöna.

## Im Herzen Thüringens.

Am dritten Tage nun durchwandern wir von Oberhöna aus den Kanylergrund, der in nordöstlicher Richtung wieder auf den Rennsteig stößt, dem wir dann folgen. Durch herrlichen Hochwald gelangen wir vorbei an den Groß-Beebergen zur Schmalde, die südlich von dem turmgeländerten Schneekopf, dem höchsten Berge Thüringens, liegt. Hier offenbart sich dem Wanderer eine Landschaft, die an die Alpen gemahnt. Auf Ratten, die zwischen den Bergwäldern eingestreut sind, weiden Herden. Und so weit das Auge blickt, hebt sich Berg an Berg empor. Nun steigen wir hinab,



Die Elgersburg bei Ilmenau.

wandern über Schmiedefeld nach Vesslar und erreichen von hier aus nach kurzem Aufstieg Stutenhaus, das Heim der Naturfreunde, das uns bei rechtzeitiger Voranmeldung auch für mehrere Tage beherbergen kann. So gewinnen wir die Möglichkeit, im Herzen des Thüringer Waldes Ausflüge zu machen, die immer neue Eigenheiten dieser Landschaft offenbaren. Da sind die Industriorte Suhl, Jella-

St. Blas und Mehlis und das mit der Eisenbahn zu erreichende Goethe-Städtchen Ilmenau, das heute ein Hauptort der Glasmacherkunst ist und ein Technikum besitzt, dessen Schüler so gern Studenten alten Schlags sein wollen und sich daher kleinstädtisch wichtig geben. Und endlich hat dieses freundliche Städtchen seinen Ruf als Kurort ständig erweitert. Ilmenau lebt noch heute im Gedenken an Goethe. Vor allem die geschäftige Fremdenindustrie sorgt dafür, daß dieses Andenken lebendig bleibt. Von Ilmenau führen herrliche Wege durch das Schortetal zum Gabelbach und Kidelbach, dem eigentlichen Goethe-Berg, oder auch nach Elgersburg, dessen hochgelegenes Schloß eines der ältesten in Thüringen ist.

## Durch das Schwarzatal.

Wir nehmen Abschied vom Stutenhaus. Jetzt wollen wir das Schwarzatal erobern. Wir wandern entweder über Schmiedefeld, Aljunah und Neustadt nach Groß-Breitenbach, wo wir Rast machen, um am nächsten Tage die Krone Thüringens, den Trippstein, mit dem Blick vom Borkenhäuschen auf Schwarzburg zu erreichen, oder aber wir wandern nach Unter-Neubrunn und bringen von hier aus über das Schwalbenhaupt, Wasserberg und Goldetal in das obere Schwarzatal. Nun folgen wir dem Baule der sprudelnden Schwarzalpe über Blumenau, Mellbach und Viechhammer nach Schwarzburg. Hier ist wieder eine Jugendberberge, die uns nach langer Fahrt freundlich Unterkunft gewährt. Dem Wanderer, der den Trippstein in der Morgenstunde ersteigt, erschließt sich ein einzigartiges Landschaftsbild. Die Sonne kämpft mit dem Nebel, der in immer neuen Schwaden aus dem Schwarzatal waldt, letztengrade emporsteigt, verschwindet und wiederkehrt. Und endlich liegt Schwarzburg mit seinem alten Schloße im Sonnenglanze, ein Anblick, dessen Schönheit unergessen bleibt. Vom Trippstein steigen wir hinab ins Schwarzatal. Am Schmeizerhäuschen verlassen wir die wohlgepflegte Chaussee, überschreiten die steinerne Brücke und wandern auf blumigen Plätzen zwischen hohen Bergen, die immer neue und fessende Ansichten schenken, nach Blankenburg. Wer jetzt noch über Zeit verfügt, möge über Unterwirtsbach und Bratmühl nach der Ruine Greifenstein wandern, die auf einem Felskalkfelsen steht. Von hier blicken wir zurück auf den Schneekopf, auf den Kidelbach im Westen, im Osten ragt die Altenburg bei Jöhndorf auf. Und dann wandern wir weiter nach Saalfeld, das durch seine Feengrotten weltberühmt wurde. Weit draußen vor der Stadt liegen sie in einem alten Bergwerke, dessen Inneres elektrisch erhellt wird und das dann die wechselvollsten Farbenreflexionen zeigt. So hat dieses alte, seit langer Zeit verfallene Bergwerk den Namen des kleinen Städtchens an der Saale einen ganz besonderen Klang gegeben.

Auf dieser Fahrt wurde eine der schönsten Gegenden des deutschen Mittelgebirges durchstreift. Für den Arbeiter spielen die Kosten eine wichtige Rolle. Man kann sie für eine achtstägige Wanderung auf 70 bis 75 Mark schätzen. Bei Wanderungen in größerer Schaar läßt sich der Preis durch Inanspruchnahme manniglicher Bergünstigungen ermäßigen. Falls solche Wanderung mit einer größeren Zahl Jugendlicher ausgeführt wird, werden die Jugendämter der Berliner Bezirke dem Leiter mit Rat und Tat zur Seite stehen.

## Die Baumwollpflücker.

14)

Roman von B. Traven.

Copyright 1925 by B. Traven, Columbia, Tamauipaa, Mexico.

An jeder Seite des Hauses war eine Tür, um Licht und Wind hereinzulassen. Beim Verlassen des Hauses hatten meine damaligen Arbeitskollegen die Türen geschlossen, wie üblich mit einem drehbaren Stückchen Holz. Damals war immer Leben im Hause und vor dem Hause, Streit um das Feuer, Zank wegen einer Prise Salz, die jemand genommen hatte, ohne den Besitzer zu fragen, lange und fruchtlose Diskussionen darüber, wer das Holz heute zu holen habe. An diese lebhaften Bilder zurückdenkend, erschien jetzt das Haus geisterhaft einsam und still. Jedesmal, wenn ich Wasser holte, quälte es mich, doch mal einen Blick hineinzuwerfen, ob jemand etwas zurückgelassen habe. Aber dann wieder gefiel mir diese gespensterhafte Stille, die über dem Hause lagerte. Sie fügte sich zu der Einsamkeit der Umgebung nicht weniger als zu der Einsamkeit und Abgeschlossenheit, in der ich augenblicklich lebte. So unterdrückte ich jedesmal, wenn ich an das Haus kam, den Wunsch, eine Tür aufzumachen und hereinzuliegen. Ich wußte genau, die Hütte war leer, vollkommen leer; niemand hatte etwas, sei es auch nur der Fegen eines alten Hemdes, zurückgelassen, denn bei uns hatte alles seinen Wert. Die Ungewißheit, die mysteriöse Stimmung, die um das Haus lagerte, wollte ich mir nicht zerstören. So, wie es wirkte, mochte ich träumen, daß vielleicht der Geist eines der alten aztekischen Priester, der wegen der Tausende von Menschen, die er aus dem Altar seines Gottes geschlachtet und ihnen das Herz aus dem lebendigen Leibe gerissen hatte, um es seinem unerfüllten Gotte vor die goldenen Füße zu werfen, nun keine Ruhe finden konnte und deshalb aus dem Busch in das gefeierte Haus eines Christen geflüchtet sei, um wenigstens ein paar Wochen von seinem rastlosen Herumirren auszuruhen.

12.

Eines Tages, als ich wieder Wasser holte, sah ich eine schwarzblaue Spinne mit glänzend grünem Kopf, die an der Wand des Hauses nach Beute jagte. Sie lief blitzschnell ein paar Zoll weit, sah dann still, lauerte eine Weile und lief dann wieder ein ganz kurzes Streckchen, um wieder zu lauern. So überholte sie einen Meter eines Brettes im Zickzack,

kein Fleckchen auslassend, dabei oft, nicht immer, einen ganz feinen Faden zurücklassend, um Insekten, die an dem Brettle hinaufklettern würden, nicht gerade festzubalten und zu verstricken, sondern deren Lauf nur zu verlangsamen, daß, wenn die Spinne inzwischen das Nachbardreiß abgehaut hatte und hier wieder zurückkam, ihre Beute mit einem mächtigen Satz anspringen konnte. Diese Spinne nimmt ihre Beute nur im Sprunge, wobei sie das Insekt von hinten anspringt und sofort im Nacken packt, so daß dieses Insekt von seinen Waffen, sei es nun ein Stachel oder Zangen oder Scheren, gar keinen Gebrauch machen kann. Das einzige Tier, das sich gegen diese Springspinne erfolgreich wehren könnte und dann den Spieß umkehren würde, ist der Skorpion. Aber diese beiden großen Jäger in den Tropen begegnen sich nie, weil jeder von ihnen eine andere Jagdzeit hat. Diese Spinne am Tage, in der glühenden Sonne, der Skorpion in der Dunkelheit.

Diese Spinne nun, die zu beobachten ich Tage und Wochen in den häufigen Perioden von Arbeitslosigkeit verwandt hatte, war es, die sofort wieder meine Aufmerksamkeit fesselte. Ich wollte ihr Gelichtsfeld prägen und lernen, wie sie sich verhält, wenn sie selbst angegriffen und verfolgt wird. Ich stellte meine Konservendbüchse mit Wasser auf den Boden und vergaß, daß ich mir doch meinen Reis kochen wollte.

Ich bewegte meine Hand in ziemlicher Entfernung über der Spinne hin und her und sofort reagierte sie darauf. Sie wurde unruhig; ihre Zickzackläufe wurden unregelmäßig und sie suchte diesem großen Etwas, das ein Vogel sein mochte, zu entweichen. Aber die glatte Wand bot keinen Schlupfwinkel. Sie wartete eine Weile, duckte sich ganz langsam und behutsam und machte plötzlich, ganz unerwartet, einen Sprung in halber Armeslänge auf eines der benachbarten Bretter, aber natürlich an fenstereine Wand. Und so sicher war der Sprung, als wäre er auf ebener Erde vollführt. Dieses Brett nun hatte eine Leiste, die gespalten war und sich auch ein wenig verzogen hatte, so daß sie einen Unterschlupf bieten konnte.

Jedoch ich ließ der Spinne keine Zeit, sich den besten Platz auszusuchen. Ich nahm einen dünnen Zweig auf, der gerade zu meinen Füßen lag und berührte damit die Spinne leicht, sie so zwingend, einen anderen Weg zu wählen. Sie lief nun in rasender Schnelligkeit davon, aber wohin sie auch fliehen mochte, immer fand sie den angreifenden Zweig, entweder ihren Kopf berührend oder ihren Rücken. So lief sie kreuz und quer, immer verfolgt von dem Zweig, ihr keine Gelegenheit lassend, zu einem Sprunge anzulegen. Plötzlich

aber, als ich sie gerade im Rücken berührte, machte sie blitzschnell kehrt und in rasender Wut und mit unvergleichlicher Tapferkeit griff sie den sie belästigenden Zweig an, der gegenüber ihren bescheidenen Ausmaßen für sie gigantische Formen und übernatürliche Kräfte haben mußte. Und immer, wenn ich den Zweig zurückzog, so daß sie glauben mußte, sie habe den Feind abgeschlagen oder wenigstens eingeschüchtert, ließ sie auf die schützende Leiste zu. Schließlich besiegte sie mich doch und fand dort Unterschlupf, aber nicht genügend, um sich ganz zu verbergen, denn sie konnte sich nur zur Hälfte darin verfrachten.

Nun schlug ich mit der flachen Hand an die Wand. Die Spinne kam sofort wieder hervor, lief eilends weiter nach oben, wo sie eine günstigere Höhle fand, in der sie sofort verschwand, ohne daß man noch viel von ihr sehen konnte.

Um sie nun auch dort wieder hinauszujagen und zu sehen, was sie zu guter Letzt tun würde, schlug ich mit voller Gewalt mit der flachen Hand so fest gegen die Wand, daß das ganze Haus, das ja auf Pfählen ruhte, erzitterte.

Die Spinne kam nicht hervor. Ich wartete einige Sekunden. Und als ich gerade zum zweiten Male kräftig gegen die Wand schlagen will, fällt innerhalb des Hauses etwas um. Was konnte das sein? Ich kannte das Innere des Hauses. Es war nichts, absolut gar nichts darin, was mit so einem merkwürdigen Geräusch umfallen konnte. Eine Stange, ein Stück Holz, das einzige, was es vielleicht hätte sein können, war es nicht, nach dem Geräusch zu urteilen. Es war schon eher wie ein mit Mais gefüllter Sack. Aber wenn ich mir das Geräusch genauer vergegenwärtigte, so war etwas Sonderbar Hartes dabei. Es konnte also kein Sack mit Mais sein.

Es wäre nun doch so einfach gewesen, sofort die paar Sprossen der Leiter hinaufzuklettern, die Tür aufzustößen und hineinzu sehen. Aber irgendein unerklärbares Empfinden hielt mich davon ab. Es war wie Furcht, als könnte ich drinnen etwas unlagbar Grauenhaftes sehen.

Ich nahm das Wasser auf und ging zu meinem Unterstand. Ich redete mir ein, daß es nicht Furcht vor dem Anblick von etwas ganz Gräßlichem sei, was mich veranlaßt, das Haus nicht zu betreten, sondern ich sagte mir: du hast ja in dem Hause durchaus nichts zu suchen, du hast überhaupt gar kein Recht, es zu betreten, und vor allen Dingen, es geht dich gar nichts an, was da drin ist. So entschuldigte ich mein Gebaren.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Mordprozess Angerstein.

## Die Schilderungen des Angeklagten.

R. Elmberg, 6. Just. (Eigener Drahtbericht.) Angerstein bewahrte am ersten Verhandlungstag in seinen Antworten die größte Ruhe. Hin und wieder wischte er sich die Augen und wo er über die Tötung seiner Frau erzählte, geriet er in eine sichtbare Erregung. Eine ziemlich lange Zeit nimmt die Auseinandersetzung über seine Urkundenfälschung ein. Er gibt nur zu, 4000 M. für sich gebraucht zu haben und behauptet, alle anderen Fälschungen im Interesse der Firma selbst begangen zu haben, da er Schweigegelder Leuten geben mußte, die seinerzeit an Fälschungen, die die Firma begangen hatte, teilgenommen haben. Seine Erzählung über den Hergang der Tötung seiner Frau erscheint psychologisch vollkommen begründet, ebenso die Schilderung der Qualen seiner Frau, ihrer Todesahnungen und Todeswünsche, ihres Selbstmordversuches und auch seines Selbstmordversuches nach der Tötung seiner Frau und seiner Schwiegermutter. Damit schließt die Vormittags-Sitzung ab. Wenn Angerstein nur diese beiden Toten ausgeführt hätte, so wäre der Fall kein psychologisches Rätsel. Erst die Nachmittags-Sitzung brachte die Schilderung des schmerzlichen Teiles seiner Verbredchen. In graufiger Reihenfolge wickelte sich der blutige Film ab, wie Angerstein seine Frau halb auf ihren besonderen Wunsch hin, halb aus eigener Initiative heraus erstach, nachdem er mit ihr zusammen zu Gott gebetet hatte; wie dann mit teleidiotischer Geschwindigkeit, nur durch kurze Atempausen unterbrochen, das Niederschlagen aller anderer Personen folgte. In dem Zustande, in dem er sich befand, konnte er kaum das klare Bewußtsein für sein Tun besitzen. Das Grauenhafteste war vielleicht, daß er immer wieder zu seinen noch stöhnenden Opfern zurückkehrte. Was war das aber für ein Zustand, in dem er sich nach unruhig und unter Nervenschmerzen vollbrachte Tat schlaflos und unter beständigen Erregungen verbrachte Nacht befunden hatte? Man glaubt ihm vielleicht, daß er die Frau aus Mitleid — sie war von Tuberkeln infiziert — quälte sich unfähig und trug sich mit Todeswünschen, hatte außerdem einen Selbstmordversuch bereits unternommen —, die Schwiegermutter aus Wut gegen sie und das Dienstmädchen aus Befürchtung der Angst getötet hat. Man kann ihm nicht folgen, wenn er zugeben will, die anderen als Zeugen seiner blutigen Tat erschlagen zu haben. Man muß ihm aber glauben, daß er sich damals nicht klare Rechenschaft geben konnte, aus welchem Grunde er immer wieder sein Mordinstrument in Bewegung setzte. Sehr sucht er nach Gründen und findet phantastische. Nur einmal verstieg sich Angerstein zum Weinen — die Augen rief er sich oft, als er von der angebrannten Schleimsuppe sprach, die seine Frau von der Schwiegermutter vorgelegt erhielt und die immer wieder zu ungeheuerlichen Erregungszuständen bei ihm sich auslösten. Angersteins moralische, psychische und hyperphysische Persönlichkeit ist heute nur andeutungsweise zum Ausdruck gekommen. Die Zeugen werden das gemessene Bild vervollständigen. Auch wird er noch genug Gelegenheit haben zu reden. Er tut es gern und mit großer Ausführlichkeit. Die Gründlichkeit des Vorsitzenden, der den Angeklagten in keiner Weise an der Verteidigung behindert, bürgt dafür.

### Verhandlungsbericht.

Die Vernehmung des Angeklagten wird fortgesetzt. Vors.: Was hat sich bei Ihnen am Sonntag vor der Tat ereignet? Angell.: Ich habe die Beamten und Angestellten gelöhnt, schloß dann das Bureau und ging zum Arzt, weil ich mich nicht wohl fühlte. Es herrschte damals gerade Typhusepidemie. Abends kam ich nach Hause zurück und ging schlafen, nachdem ich zwei Aspirin-Tabletten und zwei Boonensamp genommen hatte. Der Vorsitzende hält Angerstein daraufhin vor, daß er an diesem Tage doch eine Unterredung mit Mir gehabt habe, der ihm Vorhaltungen wegen unrichtiger Buchungen gemacht habe, aber Angerstein behauptete, daß das nicht zuträffe. In der Nacht, so erzählt er weiter, seien plötzlich in der Nähe des Hauses 6 Schüsse losgegangen. Seine Frau sei gleich sehr erregt gewesen. Weiter habe sich aber nichts ereignet. Eine Durchsichtung seines Hauses habe auch nichts ergeben. Er schildert dann weiter den Verlauf des Sonntags, wobei er betont, daß er wegen starker Kopfschmerzen nicht einmal die eingegangene Post geöffnet habe. Staatsanwalt Hofmann: Haben Sie nicht am Sonntag nachmittag einem Maurermeister erzählt, die Schüsse stammten von Eindrehern und Sie hätten überhaupt irgendwelche Freunde? Angerstein: Nein, ich habe nur ein kurzes Gespräch mit ihm gehabt. (Mit leiser Stimme.) Ich möchte noch eines erwähnen. Am Freitag vorher fand ich meine Frau im Schlafzimmer, wie sie etwas zusammenband. Sie lagte, es wäre ihr Totenhemd und ein Brief mit ihrem letzten Wunsch. Sie legte dann das Paket in ihre Wäsche. Darauf wurde dieser Brief der Frau Angerstein vorgelesen. Er trägt die Ueberschrift:

#### „Liebe Worte an meinen geliebten Mann“

und spricht davon, was für ein entsetzliches Bos es für sie sei, von ihrem geliebten Mann und ihrer Mutter so jah dahingehen zu müssen, wo sie jetzt erst gerade habe anfangen wollen, das Leben zu genießen. Weiter bittet sie in dem Brief ihren Mann, ihre Mutter und die Schwester nicht zu verlassen und für den Fall, daß er sich wieder verheiratet, sich eine Frau zu suchen, mit der er glücklich würde. Dann sind weitere Bestimmungen über ihr Begräbnis darin enthalten. Der Brief schließt mit den Worten: „Gibt es denn wirklich für mich keine Hilfe mehr. Ich habe ja das Sterben schon längst durchgeleitet. Ich wollte Dir einen langen Brief schreiben, aber die Kräfte reichen nicht aus. Behalte lieb Deine bis in den Tod getreue Käthe.“ Vors.: Wo haben Sie den Brief gefunden? Angell.: In der Wäsche meiner Frau. Ich steckte ihn dann zu mir und legte ihn dann in den Schreibtisch. Vors.: Was hat sich nun in der Nacht vom Sonntag zum Montag ereignet? Angell.: Ich ging früh schlafen, weil ich wieder heftige Kopfschmerzen hatte. Um 12 Uhr nachts wurde ich aufgeschreckt. Da sah ich meine Frau aufrecht im Bett sitzen, weil sie wieder starke Herzanfälle hatte. Zum Arzt ließ ich mich nicht gehen, weil sie sehr erregt war. Ich ging dann ins Schlafzimmer und fand in der Wäsche meiner Frau den Brief, der mich sehr aufregte. Außerdem hatte meine Frau auch noch einen Brief aus Weimar erhalten, der mich stark aufgeregt hatte. Vors.: Von diesem Brief aus Weimar haben Sie uns noch gar nichts gesagt? Angell.: Doch ich habe damals meinem Bruder davon erzählt. In diesem Brief wurde von mir behauptet, daß ich ein hysterischer Mensch sei. Vors.: Wer hat denn diesen Brief geschrieben? Angell.: Das weiß ich nicht. Ich habe auch nur an der Tür gehört, wie meine Frau diesen Brief meiner Schwiegermutter vorlas. Vors.: Und was war nun? Und wie ging es weiter? Angell.: (mit dem Taschentuch über die Augen wischend): Ich war nun sehr erregt, weil meine Frau mir auch erzählte, daß sie nie wieder gesund werden würde. Ich hatte auch Angst, daß ich Typhus bekam und noch vor meiner Frau sterben würde. Vors.: Für Sie besteht die Gefahr, daß Sie sich in Widersprüche verwickeln. Sie haben in einem Brief an Ihren Bruder damals gesagt, daß Sie sich, von einem leichten Unwohlsein abgesehen, ganz wohl fühlten. Angell.: Ich habe dann meine Frau nicht mehr leiden können, und da habe ich für mich den Entschluß gefaßt, mit meiner Frau zu sterben. Meine Frau hat immer gebetet, daß Gott uns in ein und derselben Stunde sterben lassen möge. Ich griff dann zum Revolver, der im Herrenzimmer im Schreibtisch lag. (Die Waffe, ein kleiner Trommelrevolver, wurde dem Gericht vorgelegt.) Diesen Revolver, so erklärte der Angeklagte, habe ich dann fast eine Stunde lang in der Tasche gehabt. Ich wollte damit meine Frau und mich erschließen. Aber als ich losdrücken

wollte, entdeckte sie, was ich in der Hand hatte und nahm mir die Waffe fort. Ich lief in das Herrenzimmer zurück und holte einen Hirschfänger.

Anzwichen hatte meine Frau sich wieder hingeliegt. Als ich dann mit dem Hirschfänger zurückkam, lag meine Frau quer im Bett. Vors.: Hat sie sich dann nicht zur Wehr gesetzt, haben Sie nicht miteinander gerungen? Angell.: Nein, da habe ich dann auf ihre rechte Seite mit dem Hirschfänger eingestochen. Vors.: War Ihre Frau denn gleich tot? Angell.: Sie hat dann noch die Augen aufgeschlagen, aber gesagt hat sie nichts mehr. Nur vorher, als ich sie erschließen wollte, hat sie gesagt: „Sein eigenes Weib! Vater vergieb ihm!“ Als ich sie dann erschossen hatte, sah ich erst, was ich angerichtet hatte. Der Hirschfänger und das zugehörige Futural wurden dann dem Angeklagten vorgelegt. Es handelt sich dabei um eine Waffe von der Größe eines Infanterie-leitengewehrs. Vors.: Was machten Sie dann, als Ihre Frau tot war? Angerstein: Ich ging in mein Arbeitszimmer, wo ich noch zwei Revolver hatte und wollte mich erschließen. Aber sie haben nicht beide funktioniert. Vors.: Der Trommelrevolver wurde aber später ungeladen gefunden, und was geschah dann? Angell.: Angerstein: Dann lief ich in den Keller. Da sah ich plötzlich die Axt liegen und da kam mir der Gedanke, mir die Hand abzuschlagen. In diesem Augenblick hörte ich aber meine Schwiegermutter schreien. Ich rannte nach oben und da packte mich gegen sie ein furchtbarer Zorn, weil sie zu meiner Frau nie gut gewesen war. Ich schlug mit dem Beil auf sie los.

Am weiteren Verlaufe der Verhandlung fragte der Vors.: Haben Sie Ihre Frau nur mit dem Hirschfänger erschossen, oder auch geschlagen? Angerstein: Nach dem Tode der Schwiegermutter war es mir so, als wollte sich meine Frau noch einmal aufrichten, und da habe ich mit dem Beil auf sie eingeschlagen, und zwar mit der Scheide. Staatsanwalt: Wo stand die Schwiegermutter, als sie hinunterfiel? Angell.: Mühen im Zimmer, sie schrie laut auf. Dann wurde in dem Verhör Angersteins fortgeführt und ihm zunächst seine frühere Aussage vorgehalten. Seine Darstellung lautete damals wesentlich anders. So behauptete er, daß seine Frau mit ihm gerungen habe um ihm die Waffe abzunehmen und daß sie gemeinsam gebetet hätten. Weiterhin habe seine Frau, als er auf sie einschlug, laut geschrien: „Du kommst ja in die Hölle!“ Hiermal habe er zugeföhnt, dann sei sie ruhig gewesen. Er sei dann auf die Knie gefallen und habe gebetet, aber keine Erhörung gefunden. Da habe ihn der Gedanke befallen,

#### „daß nun alle sterben müssen.“

Vom Wahnsinn getrieben sei er dann in den Keller gelaufen, habe dort das Beil geholt und habe damit dann im Schlafzimmer seine Schwiegermutter niedergeschlagen. Des längeren wird dann erzählt, daß Angerstein bei verschiedenen protokolllarischen Vernehmungen sich jedesmal anders geäußert hat. Ueber das Verhältnis zwischen ihm und seiner Schwiegermutter äußert sich der Angeklagte dahin, daß diese seine Frau nicht gut verjagt habe, so hätte sie den Haherlschleim, den Frau Angerstein erhielt, wiederholt andrennen lassen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß das doch kein Grund sei, einen Menschen totzuschlagen, erklärt der Angeklagte, daß die Schwiegermutter auch sonst nicht gut zu seiner Frau gewesen sei. Nach einem Auftritt mit ihr sei seine Frau einmal in ihrer Erregung aus dem Hause gelaufen und er habe daraufhin in seiner Aufregung den Revolver eingesteckt und habe seiner Schwiegermutter gedroht, wenn seine Frau sich nicht wiederfände, würde er sie niederschlagen. Bei einem anderen Auftritt, gab er zu, habe er seine Schwiegermutter mit der Hundepistole ins Gesicht geschlagen und zwar wiederum, weil sie das Essen für seine Frau hatte andrennen lassen. Vors.: Sie haben den Revolver eingesteckt, weil Sie Ihre Schwiegermutter erschließen wollten? Angell.: Ja wohl. Vors.: Dann werde ich Ihnen ein richterliches Protokoll vorhalten. (Werkelt das Protokoll, in dem der Angeklagte damals behauptet hatte, daß er sich mit dem Revolver selbst erschließen wollte, falls seine Frau nicht wiedergefunden würde.) — Dann wurde als nächster Punkt der Anklage die Tötung des Hausmädchens Minna Stoll erzählt. Angerstein erklärt hierzu, daß das Mädchen an der Türe gestanden habe, als er die Schwiegermutter erschlug. Ich griff nach ihrem Kleid, hob das Beil und wollte zuschlagen. Aber sie rief sich los und rannte fort auf den Speicher. Ich lief hinter ihr her und an der Speichertür schlug ich dann auf ihren Kopf ein. In der linken Hand hielt ich dabei ein Vampchen. Vors.: Weshalb haben Sie die Minna erschlagen? Angell.: Ich hatte keinen Grund. Vors.: Früher sagten Sie, Sie hätten sie erschlagen, weil sie die Suppe immer hatte andrennen lassen. Oberstaatsanwalt: Wie spät war es, als Sie das Mädchen ermordeten? Angell.: Das war gleich nach der Mutter, so zwischen drei und vier Uhr. Dann schilderte er den weiteren Verlauf der Dinge. Er sei schließlich auf dem Holzkasten eingeschlagen. Am Morgen sei er aufgewacht und in sein Bureau gegangen. Zuerst habe er einen gewissen Schanz, der aus der Heizung die Wäsche zu entfernen hatte, an der Hoftür mit dem Bemerkten abgefertigt, daß die Frauen sich noch nicht gewaschen hätten. Dann kam an der vorderen Tür der Bureaugehilfe Rief, den er nach Semmeln schickte. Dann sei der Gartenarbeiter Geis gekommen, dem er habe Kaffee geben wollen. Zu dem Zweck sei er mit Geis nach oben gegangen, habe dort im Schlafzimmer die Leichen und auch in der Küche das Beil gesehen und da sei ihm erst alles wieder zum Bewußtsein gekommen, was in der Nacht geschehen sei. In seiner Erregung griff er zum Beil und schlug Geis nieder. Vors.: Hatten Sie denn alles vorgeesehen? Angerstein: Ja, ich hatte ja gar kein Bewußtsein mehr. Vors.: Und was geschah weiter? Angell.: Als ich mit Geis noch beschäftigt war, kam Dithardt (Bureaugehilfe). Vors.: Was meinen Sie damit, daß Sie mit Geis beschäftigt waren? Angerstein: Ich hatte auf ihn eingeschlagen. Vors.: Wo haben Sie nun Dithardt erschlagen? Angerstein: Im Herrenzimmer, er wich vor mir zurück und da schlug ich von hinten auf ihn ein. Vors.: Als Sie Dithardt erschlagen hatten, da hat Geis noch gestöhnt? Angerstein: Ja, ich habe dann nochmals auf Geis niedergeschlagen. Vors.: Dann auch noch einmal auf Dithardt? Angell.: Das ist möglich. Dann kam Rief dazu, der die Leichen sah und fort-rannte. Er lief durch das Schlafzimmer, ich rannte durch eine andere Tür nach und schlug ihn auch nieder. Vors.: Was geschah dann? Angell.: Dann habe ich das Beil abgewaschen. Vors.: Haben Sie denn das jedesmal gemacht? Angerstein:

#### Nach jeder Periode.

Vors.: Also Sie unterschieden Perioden. Die erste war die Ehefrau, Schwiegermutter und das Dienstmädchen, die zweite war Geis, Dithardt und Rief? Angell.: Ja wohl. Da sah ich plötzlich meine Schwägerin Ella Barth hineinkommen. Die rief nach Minna. Ich hatte mich gerade, nachdem ich das Beil abgewaschen hatte, hingeseht, war aber ohne jede Ueberlegung und hielt noch das Beil in der Hand. Meine Schwägerin, die von einem Auszuge zurückkam, und Rudolf und eine Dede über den Arm trug, fand Minnas Sachen im Wohnzimmer und das schien ihr verdächtig vorzukommen. Da schlug ich sie nieder. Vors.: Warum haben Sie denn die Leiche mit einer Dede zugedeckt? Angerstein: (leise) Ich konnte sie nicht sehen. Alle Leichen konnte ich sehen, aber das Kind nicht. Ich weiß nur noch, daß sie ein ganz entsetzliches Gesicht gemacht hat, als sie die Körnung des Dienstmädchens fand. Sie sagte: Was ist denn hier vorgegangen? Da habe ich zugeschlagen. Dann schaltete das Telefon, und zwar rief die Güterabfertigung an. Was ich da erwidert habe, weiß ich nicht mehr. Dann habe ich einen gewissen Geil angerufen und nach einer Drahtlieferung gefragt. Vors.: Warum haben Sie danach gefragt? Angell.: Weil mir gerade der Gedanke ge-

kommen war. Vors.: Haben Sie sich vielleicht nicht gefragt, um es so darzustellen, als ob die Gärtner, die den Draht brauchten, in diesem Augenblick noch lebten? Weiter führte Angerstein dann noch, bevor die letzte Tat, die Ermordung des Gärtnergehilfen Darr folgte, ein Gespräch mit einem Maurermeister Theiß, das Angerstein so genau schilderte, daß sich der Vorsitzende veranlaßt hielt, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er sich an diese ganzen Einzelheiten sehr gut erinnern könne, nicht aber an die Einzelheiten der Ermordungen selbst. Dann sah der Richter noch einen Apfel, nach dem er sich aber übergeben mußte und be-gegnete schließlich, als er sich aus der Speisekammer ein Brötchen holen wollte, auf der Treppe dem Gärtnergehilfen Darr. Ob dieser die Leichen gesehen habe, will Angerstein nicht wissen. Auf jeden Fall habe ihn wieder die Erregung gepackt, er habe auch gerade das Beil stehen sehen und so sei er auf Darr losgegangen. Dieser flüchtete vor ihm in das Zimmer der Ella Barth und dort schlug ihn dann Angerstein, wie alle übrigen, nieder. Vors.: Wie haben Sie ihn geschlagen? Angell.: Angerstein: Von der Seite. Er wich vor mir zurück. Vors.: Warum haben Sie den Darr nicht weggeschickt. Sie mußten doch, daß die Leichen da lagen? Angerstein: Ja, warum, warum? Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten auch hier wieder vor, daß er bei seinen früheren Vernehmungen angegeben habe, er hätte den Darr zu sich in die Wohnung hinaufgerufen. Vors.: Früher sagten Sie, Sie waren ärgerlich auf Darr, weil er immer Ihrer Frau etwas mitbringen wollte, es aber nicht getan hatte. Angell.: Ich habe damals absichtlich die Unwahrheit gesagt, weil ich ein ungünstiges Urteil haben wollte. Vors.: Heute wollen Sie das nicht mehr? Angell.: Doch, aber ich muß die Wahrheit sagen. Es wird dann festgestellt, daß es mit der Ermordung des Darr schließlich Nachmittags geworden war. Dann erhielt der Angeklagte den Besuch eines Eisenbahners namens Dämrich, den er in seinem Arbeitszimmer empfing und mit dem er sich über die Rückzahlung eines Darlehns unterhielt. Es wurden dann eine ganze Reihe von Momenten erörtert, die ein eigenartliches Licht auf die Darstellung Angersteins über seine Gemütsverfassung nach der Tat werfen und vor allem dafür Zeugnis ablegen,

#### mit welcher Ruhe und Ueberlegung er vorgegangen

ist. So empfing er am Montag nachmittag nach dem achtfachen Morde den Besuch eines Inkallateurs Ebert, mit dem er sich über die Anklage von Semmeln unterhielt. Er fertigte den Bäckerjungen ab, der Brot brachte, er nahm die Post entgegen und schrieb schließlich einen Brief an seinen Bruder, den er, wie er heute befundet, bereits am Abend vorher begonnen hatte. In diesem Briefe an seinen Bruder Max Angerstein in Essen schreibt der Angeklagte: „Käthe hat sich nunmehr fest entschlossen, Freitag nach dort zu fahren. Ihr Beiden hat sich noch nicht verbessert. Spieß (der Hausarzt) hat ihr am Sonabend wieder eine Goldensprünge gemacht. Wenn sie davon nur goldig wird. Deine Kinder werden sich freuen, wenn Tante Käthe ange-schickt kommt. Vielleicht kann ich mich auch einmal freimachen. Es wird sich schon jemand finden, der hier schläft, denn man kann die Damen doch nicht allein lassen.“ Es folgen dann Angaben über wirtschaftliche Angelegenheiten, besonders über die Bekümmert des Angeklagten. Vors.: Wann haben Sie diesen Brief geschrieben? Angell.: Den habe ich am Montag zu Ende geschrieben. Vors.: Also, als Ihre Damen sämtlich schon tot waren. Sie datieren den Brief vom 1. Dezember 1924, behaupten aber, Sie hätten ihn schon am Sonabend angefangen. Dabei sprechen Sie aber davon, daß Sie am Sonabend kein Arzt gewesen wären. Im weiteren Verlauf des Tages machte Angerstein Besuche in der Stadt und erledigte eine Reihe von Angelegenheiten. Anderen Bekannten erzählte er, wie froh er sei, daß seine Frau wieder zugemommen habe, daß sie sich aber über die Schieberei neulich nachts stark aufgeregt habe, ferner, daß die Schüsse vermutlich von Eindrehern herge-rahmt hätten. Dann besorgte er auch noch ein Stiderei- und Handarbeitsbuch. Weiter bezahlte er noch beim Bäcker die gelieferte Backware und kaufte sich noch Brötchen, weil er Hunger hatte. Zu Hause angekommen, habe ihn dann wieder die Erregung gepackt, er habe plötzlich den Entschluß gefaßt, alles zu verbrennen. Im Speicher und in den Zimmern des Obergeschlosses habe er dann Benzin ausgegossen. Als er das Benzin aus dem Keller holte, erschlag er seinen großen Schäferhund, der dort sein Lager hatte. Dann legte er Feuer an, indem er die Küchenlampe in das ausgegossene Benzin warf. Durch die große Flamme im Schlafzimmer, so erklärte der Angeklagte, bin ich wieder in große Erregung geraten, wurde vom Entsetzen gepackt und bin dann weggelaufen. Dann habe ich mir an der Gartentür in meiner Aufregung die Schmitze beigebracht. An Hand des an der Anklagebank angebrachten Lage-planes ließ sich dann der Vorsitzende von Angerstein erklären, wie er mit den Wunden aus dem Hause bis nahe an das Nachbargrundstück gerannt sei, wo man ihn dann gefunden hat. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er dann nun den zu Hilfe eilenden Leuten erzählt habe, eine Räuberbande habe sein Haus überfallen, erklärte er, das wäre eine Wohnvorstellung von ihm gewesen. Dann habe er nach dem Wunsch geäußert, zu einem Bekannten, dem Varrer Heibek, geschickt zu werden, weil er diesem geföhnen wollte. Tatsächlich hat er aber dem Varrer nur angegeben, daß er aus der Kasse der Firma von der Zypen

#### 3000 Mark unterschlagen

habe. Von dem Morde hat er jedoch nichts gesagt, im Gegenteil noch gefragt, wie es wohl seiner „armen Käthe“ gehen möge. Dann gelangte noch das Protokoll zur Erörterung, das in der Nacht nach dem Mordtage von den Gerichtsbehörden mit Angerstein, als den einzigen Zeugen des vermeintlichen Raubüberfalles, aufgenommen wurde. Bei dieser Vernehmung hatte er angegeben, daß er bei der Heimkehr in seinem Hausfuß von 5 bis 6 Personen mit den Worten: „Da ist das Was“ überfallen und durch Stiche schwer verletzt worden sei, daß es ihm jedoch gelungen wäre, noch die Flucht zu ergreifen. Angerstein wurde damals vereidigt und aus dieser Tatsache ist jetzt die Meineidsanklage gegen ihn in Verbindung mit den übrigen Anklagepunkten entstanden. Auf Wunsch eines Sachverständigen äußerte sich dann noch der Angeklagte über seine Erregungszustände.

Er erklärte, daß er schon als Kind heftige Zornausbrüche gehabt habe. Er habe dann immer verlangt, daß er bestraf-t werden, aber nach Erledigung der Strafe hätte man wieder mit ihm gut sein müssen. Die Mutter habe sich auch danach gerichtet, während der Vater ihn nicht bestrafte, ihn aber dafür links liegen gelassen hätte. Deshalb habe er auch mehr an der Mutter, wie an Vater gehangen. Wenn er in Zorn geraten sei, dann habe er sich überhaupt nicht mehr halten können. 1916 habe er einmal, als sein Bruder Streitigkeiten mit anderen Bekannten gehabt hatte, voller Wut mit der Faust dreingehauen und fünf oder sechs Mann zusammengeschlagen. Während seiner Tätigkeit im Banden-leiterbureau habe er einmal vor Wut einen Kollegen aus dem Fenster werfen wollen und schließlich habe er auch in der letzten Zeit, als er in Stehen in der Klinik gelegen hatte, einen derartigen Zornausbruch gehabt, als ihn der Untersuchungsrichter zu Unrecht beschuldigt habe, daß er mit seiner jungen Schwägerin und mit dem Dienstmädchen im Verkehr gestanden habe. Er habe dann vor Wut mit den Fäusten um sich geschlagen und verlangt, daß der Untersuchungsrichter sein Zimmer verlasse. Die Verteidigung beantragte, die betreffende Krankenschwester, die bei diesem Vorfall zugegen war, als Zeugin hierüber zu vernehmen. Weiter wurde seitens der Verteidigung darauf hingewiesen, daß die Großmutter im Wochenbette irrsinnig geworden und gestorben sei.

Um 5 Uhr nachmittags wurde dann die Verhandlung auf den heutigen Dienstag früh 8 Uhr vertagt.





# Deutschlands Wirtschaftsaussichten.

## Zu viel Produktionsmittel, zu wenig Kaufkraft.

Die Reichskreditgesellschaft, deren Aktien sich in den Händen des Reiches befinden, veröffentlicht soeben eine vergleichende Darstellung über die Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands im ersten Halbjahr 1925. Der Bericht, der in ganz ausgezeichneter Weise alle wichtigen Angaben über die deutsche Wirtschaft zusammenfaßt, endet in folgender Beurteilung der Aussichten der deutschen Wirtschaft:

„Wenn die wirtschaftliche Entwicklung des ersten Halbjahres 1925 einen Schluß auf die weitere Entwicklung zuläßt, so ist es der, daß die Produktion immer mehr über die derzeitige Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes hinauswächst. Der unaufhaltsame Kapitalentzug, den die Reparationsleistungen verursachen, wird viele Jahre hindurch eine Vergrößerung der deutschen Kaufkraft hintanhaltend oder doch erschwerend. Die leistungsfähigen Betriebe müssen daher alles daran setzen, sich einen solchen Anteil an dem beschränkten Gesamtmarkt zu sichern, daß ihre Rentabilität auf die Dauer sichergestellt ist. Das führt zu einer Verschärfung des Wettbewerbes und in einigen Industriezweigen, die in Kartellen zusammengeschlossen sind, zu einer Stilllegung der mit höheren Kosten arbeitenden Betriebe zugunsten der mit geringeren Kosten arbeitenden. Im Gefolge des Kampfes um den Absatz muß die Rationalisierung Fortschritte machen, insbesondere das Arbeitstempo beschleunigt werden, die Anlagen der leistungsfähigeren Betriebe werden besser ausgenutzt, die Bearbeitungskosten herabgedrückt werden. Es ist ferner damit zu rechnen, daß der Absatz sich, wie bereits seit einiger Zeit in Amerika, in der Form kurzfristiger Verkaufsausschlüsse vollziehen wird. Langfristige Annahmeverpflichtungen werden oft gegen das Interesse der Abnehmer verstoßen. So wertvoll für die Industrie die Sicherheit künftiger Beschäftigung ist, so verhängnisvoll sind Abnahmeverpflichtungen, die nicht eingehalten werden können. Die Schwierigkeiten, die aus solchen unerfüllten Verpflichtungen entstehen, beunruhigen den Markt mehr, als es die Beringerung der Einzelaufträge vermag. Andererseits kann die moderne Industrie auf einen kontinuierlichen Arbeitsgang nicht verzichten. Je mehr sie bestrebt ist, ihren Betrieb technisch zu verbessern und das Arbeitstempo zu beschleunigen, um so notwendiger wird die Kontinuität des Arbeitsprozesses. Bei schwankendem Absatz bedarf sie daher einer genügenden Reserve von Betriebskapital und Betriebskredit. Es ist deshalb wohl zu verstehen, daß die Werte der Ueberschüsse, die der Betrieb erbringt, vorläufig dem Betrieb erhalten wollen, um jene Reserve anzulegen. Diese Politik erschwert aber die Beschaffung von Anlagemitteln, die die Rationalisierungsarbeiten zuweilen erfordern. Die Formen der Kapitalaufnahme müssen dieser Tatsache Rechnung tragen. Unerwünscht verbunden mit der Produktionsvergrößerung der leistungsfähigen Betriebe ist eine Ausmerzung der Untertüchtigen. Eine solche Auslese gehört zu den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung und muß, wie in allen Ländern, auch in Deutschland dazu führen, Menschen und Güter aus Betriebszweigen, in denen sie auf die Dauer nicht mehr gewinnbringend arbeiten können, in solche hinüberzuleiten, in denen ihre Verwendung Nutzen bringt. Durch dauernde Kontrolle der Rentabilität lassen sich überflüssige Schäden bei dieser Umstellung vermeiden. Den deutschen Banken wird die Aufgabe zufallen, die Rentabilitätskontrollen zu unterstützen. Die enge Zusammenarbeit, die sie mit den Betrieben verbinden muß, wird sie dazu auch befähigen. Die sachgemäße Prüfung durch die Banken wird daher, wie in der Vorkriegszeit, eine wichtige Garantie für eine zweckmäßige Verwendung des Kapitals sein.“

Es war notwendig, bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, die Tatsachen, die zurzeit erkennbar sind, hervorzuheben. Notwendig ist es aber auch zu betonen, daß die Gesundung Fortschritte gemacht hat. Eine allmähliche Konsolidierung und eine Teilnahme am wirtschaftlichen Fortschritt erscheint möglich. Diese Entwicklung kann gestört werden, wenn Deutschlands Gläubiger der Schuldenabtragung Hindernisse in den Weg stellen, indem sie der Ausdehnung der deutschen Ausfuhr Schwierigkeiten bereiten. Sie würde gefördert, wenn es gelänge, die bedeutende Kapitalkraft mancher Länder zur weiteren Erschließung der Welt, zur Steigerung ihrer Gesamtproduktionsfähigkeit zu verwenden. In jedem Fall verlangt die Umstellung in der Gegenwart Opfer. Dem Aussehenstenden werden diese möglicherweise stärker in die Augen springen als der Fortschritt der Wirtschaft, dem sie dienen.“

### Dichtung und Wahrheit über die Kohlenkrise.

Die „Bergwerkszeitung“ ist das Blatt der Rheinisch-Westfälischen Montanindustrie. Die „Berliner Börsenzeitung“ dient den Interessen und der Belehrung der Unternehmer. Beide werden von den Unternehmern gelesen redlich finanziert. Beide schreiben über Ursachen und Heilung der gegenwärtigen Industrie- und Bergbaukrise, kommen aber merkwürdigerweise zu entgegengesetzten Resultaten und bringen so ihre interessierten Leser in die peinlichste Verlegenheit. Wir wollen unseren Lesern den posthumer Streit der Meinungen nicht vorenthalten.

Die „Bergwerkszeitung“ klagt über die schwierige Lage der Industrie und des Kohlenbergbaus. Sündenböcke sind aber nicht die Unternehmer mit ihrer Sachwertmanier der Inflationszeit und die Kaufkraftzerstörung der Massen, die die Ursache war, auch nicht die gänzlich verfehlte Wirtschafts- und Betriebspolitik seit der Währungsstabilisierung, sondern der verlorene Krieg. Schluß: Die Waffe des Volkes konnte an der bitteren Wahrheit nicht vorbei, daß sie die Folgen der Niederlage in ihrer ganzen Schwere auf ihre Schultern nehmen muß. Es habe daher keinen Sinn, den Unternehmer anzuklagen; der tue was er könne, um gegen das Schicksal anzukämpfen. In der gleichen Nummer der „Bergwerkszeitung“ gibt der Generaldirektor des Vöhringentonzerns den Kommentar dazu: „Der Kernpunkt des ganzen Problems ist die Arbeiterfrage, das die Arbeiter, ehe es zu spät ist, sich auf eine längere Arbeitszeit einlassen“. Aber die Arbeitszeitfrage hat es der „Bergwerkszeitung“ diesmal weniger angeht. Sie polemisiert gegen die Forderung der „Bergarbeiterzeitung“ an den Staat, gegen das Zudenken vorzugehen und den Unternehmern nicht zu gestatten, lediglich nach privatkapitalistischen und finanztechnischen Gesichtspunkten das Rationaleigentum an Arbeitskraft und Bodenschätzen zu verderben. Sie attestiert den Gewerkschaften daraufhin, weil das alles sei, was diese zur Besserung der wirtschaftlichen Lage beigetragen hätten, das Prädikat „vollendete Hülfslosigkeit“.

Wir brauchen uns nicht zu bemühen, die den Unternehmern etwa nach dem Vorbild ihres hochgeschätzten Generaldirektors Otto Schreier vom Vöhringentonzern zurückzugeben, dessen ganze Weisheit in der Forderung der Arbeitszeitverlängerung besteht. Die „Berliner Börsenzeitung“ hat uns dankenswerterweise die Arbeit erspart. Am 14. Juni schrieb Walter Funk den Unternehmern folgendes ins Stammbuch:

„Wir fragen uns immer wieder: mußte es wirklich so weit kommen? Sind nicht fundamentale Irrtümer und Fehler die letzte Ursache für die katastrophale Zuspitzung der Situation in der deutschen Wirtschaft?“

Als ich am 5. April in einem Artikel: „Rüssen wir durch eine zweite Reinigungsphase?“ auf die gefährliche Entwicklung unserer Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Geld- und Kreditverkehrs bei rückläufiger Konjunktur hinwies, da wurden diese Ausführungen insbesondere in der englischen Finanzpresse stark beachtet. Damals habe ich auch ausführlich von der falschen und gefährlichen Verwendung der ausländischen Kredite gesprochen. Die Auslandskredite sind eben falsch angewendet worden. Sie dienten im großen Maße zur Durchhaltung von Substanz, und zwar von Substanz, die keine Rente brachte. Die Krise wäre sicherlich viel früher gekommen, wenn man allgemein diese Entwicklung früher erkannt hätte. Aber wir predigen auch in diesem Falle tauben Ohren. Aber in der Industrie rächt sich das fortgesetzte Mißverhältnis zwischen Substanz und Betriebskapital jetzt schwer. Man mußte eben abbauen, als die Kredite floßen. Jetzt, wo sie abgedeckt werden sollen, ist der Abbau wegen der weit vorgeschrittenen Absatzkrise bereits viel schwieriger. Und dennoch muß die Umstellung erfolgen.“

Jetzt lautet das Problem genau so, wie vor einem Jahre und wie bei Annahme des Dawes-Planes: wie machen wir unsere Wirtschaft flüssig und rentabel?

Um dies zu erreichen, müssen wir zunächst die Vorräte mobilisieren. Hierbei spielen die riesenhaften Kohlenvorräte auf den Höfen eine ausschlaggebende Rolle. Sie müssen finanziert werden. Das wird das private Kapital in Deutschland kaum fertig bringen. Hierfür ist Staatshilfe notwendig.

Aber reicht die Atempause, die uns das Dawes-Gutachten noch läßt, jetzt noch für eine solche umfassende und rigorose Umstellung aus? Das ist eine bange Frage. Wir haben schon zuviel veräumt.“

Diese geradezu von marginstischer Erleuchtung getragene Kritik an der Politik der deutschen Unternehmer scheint Herrn Walter Funk aber noch nicht genügt zu haben, um den Unternehmern den Standpunkt klarzumachen. Am 5. Juli fährt er darin fort und macht den Unternehmern das zwar nicht marginstische, aber auch nicht sehr schmeichelhafte Kompliment, „daß wir unsere Wirtschaft seit Jahren, und insbesondere unter dem unheilvollen Einfluß der Dawes-Täuschung in so leichtfertiger und unsinniger Weise führen, daß man sie mit Recht als „Polnische Wirtschaft“ charakterisieren kann.“

Aber den Bemühungen des Herrn Walter Funk fehlt auch die staatssozialistische Pointe nicht, die nun einmal zum Marxismus gehört. Mit tiefem Bedauern stellt er fest, daß heute nur der Dornenweg der Krise übrig bleibt, denn:

„Vorderer gibt unter rein partei-egoistisch eingestellter Parteibureauträumerei nicht die Möglichkeit zu einer grundlegenden Umstellung auf gezieltem Wege durch Verfolgung eines entsprechenden Wirtschaftsprogramms. Also werden wir nur durch eine hartnäckige Krise zur Gesundung kommen können.“

Durch Verfolgung eines entsprechenden Wirtschaftsprogramms auf gezieltem Wege eine grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, . . . diese Forderung, den deutschen Unternehmern zur Lösung der herrschenden Wirtschaftskrise von der „Börsenzeitung“ nahegelegt, muß man noch einmal genießen. Ob auch der deutschnationalen Wirtschaftsminister Dr. Reuhaus, der eben seinen frischfröhlichen Zollkrieg mit Polen eröffnet hat, lieber dem Funtschen Marxismus, als seiner „polnischen Wirtschaft“ diene? Und ob die armen deutschen Unternehmer sich nun wohl auskennen werden, was Dichtung, was Wahrheit in der deutschen Wirtschaft ist?

### Das Gespenst der Extensivierung.

#### Starke Steigerung des Kali- und Stickstoffabzages.

Bei der Begründung der agrarischen Zollwünsche ist immer sehr viel davon die Rede, daß die Landwirtschaft notleidend und infolgedessen gezwungen sei, zu extensivem Anbau überzugehen. Die Abziffern der deutschen Düngemittelindustrien sprechen sehr eindringlich gegen diese Behauptungen. Denn wir haben zum Beispiel in diesem Jahre geradezu Rekordergebnisse im Kaliabzug, wobei zu bemerken ist, daß nicht etwa nur die Kaliausfuhr so wesentlich gestiegen ist; auch der Inlandsabzug ist stark angewachsen. Das Kalisindikat teilt dazu mit:

„Der Absatz des Deutschen Kalisindikats G. m. b. H. im Monat Juni 1925 betrug 814 473 Doppelzentner Reinkali gegen 276 541 Doppelzentner im Juni 1924. Der Gesamtabsatz der ersten sechs Monate des Jahres 1925 betrug 7 334 962 Doppelzentner Reinkali gegen 3 275 070 Doppelzentner in den ersten sechs Monaten des Jahres 1924.“

Der Gesamtabsatz im ersten Halbjahr d. J. ist also zweieinhalbmal so groß wie im Vorjahr. Der Absatz im Juni rund dreimal so groß als im Juni v. J. Der bisherige Absatz dieses Jahres bleibt, obwohl erst 6 Monate verstrichen sind, nur noch um etwa 1 100 000 Doppelzentner hinter demjenigen des gesamten vergangenen Jahres zurück, wobei darauf hinzuweisen ist, daß man schon jetzt für den Juli einen Absatz von 900 000 Tonnen erwartet.

Auf den Inlandsverbrauch an Kali entfallen im ersten Halbjahr 3 700 000 bis 3 800 000 Doppelzentner. Damit ist der Vorkriegsverbrauch der deutschen Landwirtschaft übertroffen, besonders wenn man die inzwischen erfolgten Gebietsabtretungen berücksichtigt.

Genau so liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Stickstoffverbrauches der deutschen Landwirtschaft. Jedes Jahr werden steigende Mengen davon in den deutschen Boden gebracht. Was das für die deutsche Landwirtschaft bedeutet, kann man daran ermessen, daß die Ertragsregel auf jeden Zentner aufgewandten Stickstoff einen Mehrertrag an Getreide von 20 Zentner feststellt. Dieses Verhältnis wird sich noch auf Jahre hinaus aufrechterhalten lassen, da der deutsche Boden mit Stickstoff längst nicht überfüllt ist. Man kann annehmen, daß im Durchschnitt der letzten drei Inlandsjahre rund 270 000 Tonnen Stickstoff von der deutschen Landwirtschaft verbraucht wurden, während auf dem jetzigen Reichsgebiet vor dem Kriege nur zirka 180 000 Tonnen aufgebracht wurden. Im letzten Jahre, das der Landwirtschaft zeitweilig kritische Zustände gebracht hat — man rechnet das Düngjahr vom 1. Juni bis Ende Mai, der Anfang des Düngjahres fällt also gerade in die Zeit, wo die Getreidepreise am tiefsten standen — ist der Stickstoffverbrauch der deutschen Landwirtschaft noch um etwa 20 Proz. auf 335 000 Tonnen angewachsen.

Kali und Stickstoff sind beides Düngemittel, die den Ertrag des Bodens wesentlich steigern. Doch sie so stark verwendet werden, liegt daran, daß die Preise dieser Produkte im Gegensatz zu vielen anderen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln nur auf oder gar unter dem Vorkriegsstande liegen. Ihre Verwendung ist also außerordentlich lohnend. Ferner hat man durch reichliche Kreditgewährung und langfristige Zahlungsziele den landwirtschaftlichen Verbrauchern den Bezug dieser wertvollen Düngemittel erleichtert.

Einen zwingenden Schluß läßt aber die gemaltige Steigerung des Verbrauches an künstlichen Düngemitteln ohne weiteres zu: von einer Extensivierung der deutschen Landwirtschaft kann keinesfalls die Rede sein. Denn der vermehrte Aufwand von Düngemitteln führt zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft, in einer Steigerung der Erntevergebnisse, kurz in einer intensiveren Kultur des Bodens sich auswirken. So wird die Propaganda der Agrarier, die Landwirtschaft müsse bei den gegenwärtigen Getreidepreisen ihren Ausbau einschränken oder zu minderwertiger Kultur übergehen, durch die Tatsachen Lüge gestraft. Damit ist wieder eines der wichtigsten Argumente der Schutzgötter hinfällig geworden.

### Die Verteuerung des Fleisches durch Zoll.

Der Fachausschuß für Fleischversorgung e. V., Organ der an der Schlachtvieh-, Fleisch- und Felleinfuhr beteiligten Zentralverbände, Hamburg-Berlin, hat eine ausführliche Zusammenstellung der Vieh- und Fleischzölle herausgegeben. Sie ergeben folgendes Bild:

	Boerlingsvertragszölle	Regierungsverträge bis 31. 7. 25 ab 1. 8. 25	Regierungsverträge nach Doppelzentrar
Rindvieh . . . . .	8,—	18,—	18,—
Schafe . . . . .	8,—	18,—	18,—
Schweine . . . . .	9,—	18,—	18,—
Fleisch, frisch od. halb.gemacht	27,—	35,—	45,—
Fleisch, gefroren . . . . .	35,—	20,—	45,—
Schweinefleisch . . . . .	36,—	24,—	36,—
Büchsenfleisch . . . . .	60,—	20,—	75,—

Diese Zölle stellen ohne Zweifel eine starke Beeinträchtigung der Bevölkerung dar. Die Verteuerung müßte sich wie folgt auswirken:

	Tatsächliche Belastung nach Wert und Zolltag nach demselben Wert und Zolltag ab 1. August 1925		
	1913	31. Juli 1925	1. August 1925
Rindvieh . . . . .	7,7 Proz.	21,6 Proz.	21,6 Proz.
Schafe . . . . .	1,8	21,4	21,4
Schweine . . . . .	2,7	18,3	18,3
Fleisch, frisch . . . . .	18,9	24,9	32,0
Fleisch, gefroren . . . . .	—	22,6	50,9
Büchsenfleisch . . . . .	—	18,5	69,6
Speck . . . . .	22,7	14,1	21,2

Da diese Artikel fast sämtlich auf der Umsatzsteuerliste Ia stehen, wird vorstehende Zollbelastung noch dadurch erhöht, daß mit der Wiedereinführung von Zöllen automatisch der Fortfall dieses Umsatzsteuerprivilegs verbunden wäre. Hierfür muß bei Gefrierfleisch mindestens 1½ Proz., bei Speck und Büchsenfleisch etwa 2 Proz. in Ansatz gebracht werden.

Die Pläne der Regierung bedeuten eine starke Verteuerung. Sie fällt umso mehr ins Gewicht, da es die ärmere Bevölkerung in Deutschland ist. Bekanntlich ist der Fleischkonsum gegenüber dem Frieden sehr stark gefallen. Augenblicklich, in der Zeit der neuen Fleischpreisausschüsse, läßt sich ein weiterer Rückgang des Verbrauchs feststellen. Bisher waren Büchsenfleisch und Gefrierfleisch ohne Zweifel ein Preisdruckmittel. Ihre Einfuhr genügt, um einen Druck auf die Fleischpreise auszuüben. Es ist aber vorauszusehen, daß, wenn dieses Druckmittel wegfällt, die Preise ganz erheblich ansteigen werden. Diese Preissteigerung muß automatisch einen weiteren Rückgang im Fleischkonsum der Bevölkerung auslösen. Auf jeden Fall liegen die Dinge so, daß ein dauerndes Sinken des Fleischverbrauches auch der deutschen Viehwirtschaft den Boden unter den Füßen wegzieht, denn sie kann ihren Viehbestand nur entsprechend den Anforderungen des Marktes steigern. Bricht der Markt infolge Unterkonsums zusammen, so bedeutet das auch den Zusammenbruch der deutschen Viehwirtschaft.

Amerikas Abhängigkeit vom Weltmarkt. Ueber die angebliche industrielle Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten haben neuere Untersuchungen, auf die Zeitschrift „Current History“ hinweist, ein überraschendes Licht geworfen; dennach ist Amerika keineswegs selbstgenügsam, sondern im Gegenteil stark abhängig von der Produktion anderer Länder. Ein charakteristisches Beispiel hierfür bietet die Stahlindustrie, welche die Amerikaner so häufig als „unabhängig“ bezeichnen, vor allem aber die Weiblichproduktion; im Jahre 1923 importierten die Vereinigten Staaten 70 000 Tonnen Blech, das bedeutet eine Zunahme um 49 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit. Ueber die Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Düngemittel-Einfuhr könnte man Bände schreiben. Ebenso muß für die Fabrikation von Einmachtopfen, Glaswaren, Opal- und Bernsteinwaren für Drogisten der ausländische Import stark herangezogen werden, und die Kaufkraft-Industrie mit ihrer Unmenge von Einzelbranchen ist völlig auf auswärtige Bezugsquellen angewiesen.

### Krankentassen und Volksgefundheit.

#### Vom 29. deutschen Krankentassentag.

München, 5. Juli. (Eigener Bericht.)

Vom 5. bis 7. Juli tagt in München das deutsche Krankentassenparlament. Nicht weniger als 1600 Delegierte tonnte der Borfigende Ahrens am Sonntag vormittag in der schwarzrotgoldgeschmückten Tonhalle willkommen heißen, als er die Tagung eröffnete. Die Begrüßungsworte des Ministerialdirektors Grieser enthielten den interessanten Hinweis, daß in der Industrie jeder zweite Arbeiter einmal im Jahre krank wird, in der Landwirtschaft jeder dritte Arbeiter, und zusammen mit der noch viel häufigeren Familienkrankung darf man sagen, daß Krankheit in der Arbeiterfamilie wirkt wie Krieg in einem Staat. Den Folgen dieses Krieges entgegen wirken die Krankentassen, im Jahre 1924 hatten sie über 10 Millionen Krankheitsfälle, die verbunden waren mit Arbeitsunfähigkeit und mindestens 200 Millionen Krankentage, für die Krankengeld bezahlt worden ist. Das bedeutet für die Krankentasse eine

#### Gesamtleistung von riesenhaftem Ausmaß.

die in schwieriger, unermüdlicher, saurer Kleinarbeit bewältigt wurde von den Beamten der Tassen, denen der Reichsarbeitsminister seine volle Anerkennung aussprechen ließ.

Den Auftakt der Rezerate bildete der Vortrag des Innsbrucker Professors Dr. Günther über „Wirtschaft und Sozialversicherung“. In wissenschaftlichen Ausführungen untersuchte Professor Günther, ein Schüler Brentanos, den Begriff der „Soziallast“, die nach Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums heute 1½ bis 2 Milliarden pro Jahr beträgt, und zeigte dabei leider manche Verwandtschaft mit der Wirtschaftsdeologie der Unternehmer. Dagegen kam keine tiefe soziale Befinnung darin zum Ausdruck, daß es wäre, die erste und wichtigste Forderung der deutschen Sozialver-

Schaft sei die Erhaltung der Kraft des deutschen Arbeiters und insbesondere die Erhaltung seiner Arbeitsfreudigkeit.

In der Diskussion zu diesem Referat erklärte **R o r g e n s t e r n** - Berlin, daß eine gewisse Ueberbelastung der Industrie durch die sozialen Ausgaben nur in der Zeit, die sich an die Inflation schloß, gegeben war. Seit einem halben Jahr kann nicht mehr davon gesprochen werden, daß durch die Soziallast die Verkaufsmöglichkeit der deutschen Produkte auf dem Weltmarkt eingeschränkt sei. Der durchgeführte Abbau in den Beiträgen hat jetzt die Grenze des für die Klassen Ertröglischen erreicht, ein weiterer Abbau ist nur möglich auf Kosten der Gesundheit der Arbeitnehmerschaft. Ein gesunder Arbeiterstamm ist aber die erste Bedingung für eine gesunde Wirtschaft.

Mit bemerkenswerter Schärfe unterstrich der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des **ADGB**, **S p l i e d t**, die Auffassung, daß die Sozialversicherung geradezu der

**Unterbau für eine leistungsfähige deutsche Wirtschaft**

ist. Der intelligente und treue Arbeiterstamm, den Deutschland besitzt, ist das einzig wertvolle Kapital der deutschen Wirtschaft, und deshalb muß er geschützt und gepflegt werden mit allen Mitteln. Es gäbe deshalb nichts Verhängnisvolleres, als wenn die deutschen Wirtschaftsführer die deutsche Regierung dazu zwingen würden, die Sozialversicherung zurückzubringen. Ein Abbau oder auch nur eine Stagnation der deutschen Sozialpolitik, das Ziel der Unternehmerkreise unter Führung **Borsigs**, kann nur durch gesteigerte Löhne wettgemacht werden. Entweder sichert man den Arbeiter in öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder man gibt ihm einen Lohn, der es ihm ermöglicht, sich selbst zu versorgen!

Die vom Hauptvorstand vorgelegte und einstimmig angenommene Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Sozialversicherung hat ihren hohen Wert für die Wiederherstellung der durch Gesundheitschädigung aller Art beeinträchtigten Arbeitskraft der erwerbstätigen Volksschichten erwiesen. Sie ist damit zu einem unveräußerlichen Bestandteil des Lohnsystems geworden. Die Leistungen der deutschen Sozialversicherung bleiben jedoch infolge der Verarmung des deutschen

Volkes immer noch wesentlich hinter den gewöhnlich nicht übermäßigen Leistungen der Vorkriegszeit zurück, obwohl die Verschlechterung der Volksgesundheit eine wesentliche Steigerung der sozialen Fürsorge erfordert. Solange daher nicht der Beweis erbracht wird, daß die gegenwärtigen Leistungen der Sozialversicherung in sozialwirtschaftlich vollerer und wirtschaftlich zweckmäßigerer Form auf eine andere Art gewährt werden können, muß die Behauptung, daß die Sozialversicherung eine nicht zu rechtfertigende Belastung der deutschen Volkswirtschaft bedeutet, entschieden zurückgewiesen werden. So sehr anzuerkennen ist, daß das wirtschaftliche Grundgesetz, mit dem geringsten Aufwand von Mitteln den höchsten Effekt zu erzielen, auch für die Sozialversicherung gilt, so entschieden muß betont werden, daß insbesondere die Träger der Krankenversicherung dieses Erfordernis in mindestens dem gleichen Ausmaß durchzuführen, wie irgendeine andere Organisation. Jede Verminderung der Leistungen der Sozialversicherung ist daher unsozial, aber auch als unwirtschaftlich zurückzuweisen. Sie könnte lediglich bewirken, daß die Versicherten einen Ausgleich durch Lohnerhöhungen fordern oder, soweit diese nicht erreichbar wären, andere öffentliche Mittel zur Verringerung der aus Erwerbsbeschränkung oder Erwerbsunfähigkeit entstehenden Notlage aufgewendet werden müßten. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß die deutsche Wirtschaft durch die Leistungen der Sozialversicherung stärker belastet ist als die Wirtschaft anderer Länder durch die von ihr, wenn auch teilweise in anderer Form, aufzubringenden Soziallasten. Der 29. Krankentag fordert daher nicht nur die Erhaltung, sondern eine dem Stande der Wirtschaft und der Volksgesundheit entsprechende Ausgestaltung der Sozialversicherung.

Im Zusammenhang mit den Abbaubestrebungen wurde in der letzten Zeit besonders stark der Umbau der Sozialversicherung auf berufsständischer Grundlage gefordert. Es war deshalb ein Gebot der Selbstverständlichkeit, daß sich der Krankentag auch mit dieser Frage befaßte. Er hörte hierzu ein Referat des Direktors **Eisenhuth** - Köln und nahm dann mit allen gegen 4 Stimmen eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt:

Die Krankenversicherung auf berufsständischer Grundlage bedeutet die Gefahr der völligen Vernichtung der Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung und bedroht damit aufs schwerste die Volksgesundheit. Ein berufsständischer Umbau ist mit dem Solidaritätsprinzip unvereinbar und ist mit der Gefahr verbunden, daß der soziale Gedanke in den politischen Kämpfen untergeht. Nur eine auf regionaler Grundlage erweiterte Krankenkassen-großgemeinschaft kann eine wirklich soziale Vor- und Fürsorge leisten.

Am Schluß der Sonnabendberatungen nahm **Dr. Bollig** - Frankfurt, einer der Führer der öffentlich-rechtlichen Fürsorgeverbände, Stellung zu den Beziehungen der Krankenversicherung zu anderen Versicherungsträgern. Da rund 3 bis 6 Millionen deutscher Volksgenossen von der öffentlichen Fürsorge (wobei die freie Wohlfahrtspflege aus privaten Mitteln nicht eingeschlossen ist) erfasst und mit 1/2 bis 1 Milliarde Mark unterstützt werden, wäre nach Ansicht des Referenten die Bildung einer

**Arbeitsgemeinschaft mit den Krankenkassen**

notwendig, um in gemeinsamer Tätigkeit die Leistungen zu steigern. In der einstimmig gutgeheißenen Entschliessung heißt es: Durch die Fürsorgeverordnung vom 13. Februar 1924 laufen diese sozialen Aufgaben parallel zu der Fürsorgefähigkeit der Sozialversicherungsträger. In dem Maße, wie diese wieder in den Stand gesetzt werden, vorbeugende Hilfe zu leisten, wird die Gemeinschaftsarbeit von Gemeinden und Sozialversicherung zu einer zwingenden Notwendigkeit. Die Krankenkassen dürfen jedoch nicht nur zu geistlichen Leistungen, sie müssen auch zur verantwortlichen Mitarbeit und Mitverwaltung herangezogen werden. In welchem Umfang die Krankenkassen von den Wohlfahrtsämtern herangezogen werden können und wie weit sie eigene Einrichtungen schaffen können, hängt von ihrer örtlich sehr verschiedenen Leistungsfähigkeit ab; auch die eventuelle organisatorische Verbindung der beiderseitigen Einrichtungen hängt von der örtlich verschiedenen Entwicklung ab. Grundsätzlich werden die Gemeinden als Träger der besonderen Krankheitsverhütung im einzelnen anzusprechen sein.



**SIL**

Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist!

**SIL** Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Basenbleiche. — OHNE CHLOR —

**Leiterwagen**

u. alle ander. Transportgeräte liefert



billigt. Großer Vorrat. **Georg Wagner** Köpenicker Str. 71. kein Ladenlohn. Keine Schaulustner-Reklame. Aufwändig billige Preise

**Sommersprossen**

Crema Jell. 34 Jahre sich bewährt. Bl. 1.50 und 2.—. In Probenien folgt bei **Otto Reichel**, Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

**Bist Du elegant?**

Nach dem Aussehen Deiner Schuhe und Kleider beurteilt man Deinen Charakter!

Es ist ein Leichtes, die Schönheit neuer Schuhe und Kleider zu erhalten und die Lebensdauer derselben zu verlängern.

Präge Dir fest alle „Eos“- und „Spectrol“-Erzeugnisse und ihre Eigenschaften etc.

Putze Deine Schuhe mit „Eos“, reutige Deine Kleider mit „Spectrol“ und —

Du bist elegant!

Grosser Preisnachlass; teilweise bis

**50 Prozent**

ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten, nur um einen Teil unseres großen Lagers zu räumen,

wenn Sie vom 1.-21. Juli unseren

**Saison-Ausverkauf**

ausnutzen. — Wichtiger als alles andere ist der Wiederaufbau von Heim und Haushalt, denn diese sind Ihre besten Güter.

Der Weg zu uns spart Ihnen Geld!

**P. Raddatz & Co.**

Leipziger Straße 122-123



**Hahn-Makkaroni**  
**Hahn-Spaghetti**

aus bestem Hartgrieß hergestellt. Die Fabrikation geschieht nach modernstem Verfahren und unter Wahrung hygienischer Grundsätze, deshalb der ausländischen Ware vorzuziehen. Hoher Eiweißgehalt, deshalb nahrhaft u. wohlschmeckend. Außerordentlich ergiebig im Kochen, dadurch billig im Verbrauch.



**ATMUNGS-ORGANE**

Sind diese

so wichtigen Organe krank, dann gebrauchen Sie beizeiten die

**Dr. med. Henschel & Co. Haustrinkkur**

Bestandteile: Sal. therm. Ems fact. 20, Salzbrunn fact. 1.0, Soden fact. 1.0, fiant tabl. Verlangen Sie in Apotheken und Drogerien unsere aufklärende Broschüre kostenlos.

**Dr. med. A. HENSCHEL & Co., G. m. b. H., Berlin NO. 43** Verlangen Sie unsere Gratis-Broschüre bei den Haupt-Niederlagen: Simons-Apotheke, älteste Apotheke Berlins C. 2, Merkur 3000-3004; Arminius-Apotheke, N. 54; Luisenstädtische Apotheke, SO. 16; Friedrich-Wilhelmstädtische Apotheke, NW. 6.

**Stein der Weifen**  
Die ideale Nagelpflege überall erhältlich

**KOPP & JOSEPH**  
BERLIN W.

**Läuse**

Wenigen Schwaben Schmecken Köffen

beseitigt nur sofort unter Garantie

**Edolda „A“, „B“, „C“, „D“, „E“**

Sie haben in Apotheken und Drogerien. Generalvertreter **Paul Bremer, Berlin NO 55** Eberhardstr. 3. Tel. Humboldt 1568

**Der gute Kapitän-Kaufabak**

ist in den meisten Läden und in den Haupt-Niederlagen erhältlich

**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861



**Frauenwelt**

Es wünscht sich die ganze Welt, daß sie dir so interessant befaßt?

Die reich illustrierte Halbmonatsschrift für die schaffende Frau

Preis 30 Pfennig

mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr

Zu beziehen durch

Vorwärts-Expeditionen oder Botenfrauen

**Nagelpflege-Garnituren** **Kopp & Joseph**  
BERLIN W.  
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.



**Ein ganz neues Kosmetik**

Jeden Tag freut es sich auf seinen köstlichen **DENTADE-Brei**, der das Zahnen erleichtert und dem jungen Körper die wertvollsten Aufbaukräfte gibt.

**Dr. med. A. HENSCHEL & Co., G. m. b. H., Berlin NO. 43.** Verlangen Sie unsere Gratis-Broschüre bei den Haupt-Niederlagen: Simons-Apotheke, älteste Apotheke Berlins, C. 2, Merkur 3000-3004; Arminius-Apotheke, N. 54; Luisenstädtische Apotheke, SO. 16; Friedrich-Wilhelmstädtische Apotheke, NW. 6.

## Der Wahrheitsucher.

Von Iodocus.

Ich kannte mal einen Herrn,  
Der war riesig modern  
Und plähte so vor Intelligenz,  
Dah er eine große Erfindung machte  
Und an Hand eines Manschettensnopf-Reichspatents  
Die deutsche Technik zur Blüte brachte.

Ich kannte mal einen Herrn,  
Wir hatten ihn gern,  
Der hat an der Spitze seiner Armee  
Sich auf den Sektikonsum geschmissen  
Und hielt feste durch — beim Heldehdiner  
Und ging feste drauf — hinter den Kulissen.

Ich kannte mal einen Herrn,  
Es lag ihm fern,  
Vor feindlichen Kanonen zu stehen,  
Er hat bis zuletzt den Degen geschliffen,  
Dann ist er heldenhaft aus Berlin  
Beim glorreichen Siege ausgekniffen.

Ich kannte mal einen Herrn,  
Der kriegte fern  
Ein Heimweh nach stillem Winkelstück,  
Innerpolitische Gefahr? Bagatelle!  
Man holte ihn tränender Seele zurück,  
Run sieht uns der Held wieder auf der Pelle.

Ich kannte mal einen Herrn,  
Der mit Helm und Stern  
Bei jedem Revanchestückchen erschien,  
Mit Etappenkostüm und Heldengeschwätze,  
Doch leider hatten wir nichts für ihn  
Als powere Renten und Tafelaussätze!

Ich kenne da einen Herrn,  
Der wieder gern  
Nach der unangenehmen Wahrheit fragt. —  
Berstucht! Wir hatten doch unterdessen  
Dem Herrn so oft die Wahrheit gesagt!  
Run haben wir sie leider selber vergessen!

## Die Erde bebt.

Von Max Barthel.

Die Richter des Carlingtonhotels leuchteten in die nahe Nacht. Die Sonne war in purpurnen und scharlachroten Bränden im Meer versunken. Wolken wiegten sich im Abendwind. Leuchte Segler kamen zurück und trübten vom Licht. An dem weißen Strand sahen noch Sommergäste, sahen in das Farbenspiel des Wassers, in die grellen und sanften Silberfarben und lauschten der fernen Riggermusik, den aufreizenden Melodien aus Urwaldkürst und tierischer Kraft. Die Sommergäste waren reiche Leute aus der Union und verbrachten hier in Santo Paolo Licht- und lusterfüllte Wochen. Aber ihre Sommerhäuser und der Strand waren nicht nur zur Lust da, zur Börsenstunde sahen die großen Macher der Getreide-, Öl- und Kupferpreise in ihren Arbeitszimmern, hörten die drahtlosen Meldungen ab und standen mit den Hauptplätzen des Landes in funktentelegraphischer Verbindung.

Mit dem letzten Abendzug kam auch Morton Walker, ein bekannter Macher für Petroleum aus Chicago, in die kleine Stadt. Walker besah hier nicht am Strand, am Ende der großen Palmallee ein Sommerhaus. Aber er kam nicht allein. Dicht auf seinen Fersen sah William Wright, der Spiegel von der Eastern Oil-Compagnie. Als sich die Reporter am Bahnhof auf Mister Walker stürzten, auch Santo Paolo hielt auf eine gute Presse, wehrte dieser lächelnd ab und verwies sie mit großartiger Handbewegung an Wright.

„Geht zu ihm, Jungsens,“ sagte der große Walker, „Er weiß über meine Pläne besser Bescheid als ich.“

Die Reporter stürzten sich auf Wright, Walker aber bestieg lächelnd das wartende Auto und fuhr, um seine Spur zu verwischen, nach Carlington. Als Wright endlich die Reporter abgeschüttelt hatte, lauschte er mit seinem Bogen nach dem Strand hinunter.

„Mister ist nicht zu Hause, Mister ist sehr beschäftigt, Mister kommt erst mit dem Morgenzug,“ sagte der Sekretär Joe Green, der von Carlington längst schon unterrichtet war, und setzte dabei eine so eisalte Miene auf, daß auch Wright eine Waise vor sein sowieso schon undurchdringliches Gesicht legte. „Schon gut, old boy,“ sagte und dem Diener zehn Dollar in die Hand drückte. Dann irrte er sich verdoofen in seinen Wagen zurück, hatte keinen Blick für das verdunkelte, leise donnernde Meer übrig und fuhr nach dem Carlington-Hotel.

Er kam gerade zur rechten Zeit, um im Rauchsalon den Schluß der Rede des Bischofs Horse anzuhören. Horse war ein gesunder und beleibter Mann in den besten Jahren, er unterschied sich durchaus nicht von einem glücklichen Geschäftsmann. Nur seine Augen leuchteten sanft und verrieten in der verfeinerten Brust ein Löwenherz. Vor dem Bischof sah auch der große Walker, und der Spiegel freute sich, daß er ihn in der Halle hatte. Während der Bischof seine Rede beschloß, berechnete Wright die fetten Spefen, die er haben sollte, wenn der Anschlag auf die Bohrtürme vereitelt würde. In Santa Rosa waren plötzlich die Ölquellen versiegt, die Eastern Oil-Compagnie wollte sie schon ausgeben, als der gut überwachende Walker ins Petroleumgebiet reifte. Santa Rosa lag nur eine Stunde Bahnfahrt von Santo Paolo entfernt.

„Meine Herren,“ schloß der Bischof seine Rede, „und ich sage dennoch: es sind unsere Brüder. Dreihundert in Carlington, dreihundert aber vergeht nicht, daß dort drüben im Gefängnis dreihundert Männer in dumpfen Zellen leben. Wer wirft den ersten Stein auf sie?“

„Ich,“ sagte Walker und redete sich auf, „ich werfe den ersten Stein. Ich will genau so theoretisch über das Gefängnis reden wie unser hochverehrter Bischof. Dreihundert in Carlington und dreihundert in Ironhome, Bischof, alright, die Zahl stimmt, aber sonst nichts. Wir bauen auf, die anderen dreihundert reißen nieder. Wir stützen die Gesellschaft, die anderen erschüttern ihre Grundlage. Wir sind Bürger der Staaten, die anderen Diebe, Straßenräuber, Mädchenhändler, Tromps. Sind schon am rechten Platz, die dreihundert hier und dort, Bischof.“

Die Herren im Rauchsalon lachten. Wright, der Oberpfeiler, rief sich die Hände. Ja, das war der große Walker. Er weiß,

## Kronprinz Diogenes.



„Halt, wohin!“ — „Ich suche die Wahrheit.“ — „Die ist hier niemals zu Hause gewesen!“

hunderttausend Dollar stehen auf dem Spiel, aber er spricht mit dem verrückten Bischof über Gott und Teufel und denkt doch nur an die neuen Quellen und daran, wie Wright von der Eastern Oil überlistet werden kann.

Der Bischof Horse hatte den ganzen Tag im Gefängnis verbracht. Das Elend der Gefangenen hatte ihn so erschüttert, daß er am Abend, als er die kühle Pracht im Carlington und die Herogefichter der sicheren Bürger und Geldleute sah, nicht schlafen konnte. Wilde Mut überkam sein Herz. Walker kannte er von Chicago. Walker war im Kirchenrat der Sekte. An ihn wandte er sich also und brachte das Gespräch auf die Gefangenen. Darauf bekam er diese Antwort. Sein kaperes Herz ergab sich nicht.

„Ich weiß nicht,“ sagte der Bischof und ließ die Tieraugen funkeln, „ich weiß nicht, Mister Walker, wer am meisten die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft erschüttert, die dreihundert im Carlington oder im „Ironhome...“ Wir machen aus der Welt eine große Maschine des Bedauernens, eine Profitkarre mit kreischenden Eisentiefen und molmenden Baden, und wer sich Carlington nicht beugt, der wird ausgestoßen, eingesperrt, wenn er Dieb oder Straßenräuber für unsere Schuld geworden ist.“

„Bischof,“ antwortete Mister Hall, ein bekannter Weizenmacker mit milder Stimme, „vergessen Sie, bitte, nicht, Carlington ist keine Kirche. Predigen können Sie am Sonntag in der Kathedrale. Ich komme auch, Bischof. Heute lösen wir die soziale Frage nicht mehr.“

Der Bischof Horse antwortete nicht. Er sah da, zerfallen und plötzlich übermüdet. So war die Erde, ja. Und darum war er für den Himmel, für den großen Ausgleich, die große Klarheit des Lichtes und der Gerechtigkeit. Dann dachte er an den Gefangenen Schilling, den er heute besucht hatte, und der wegen Nordes angeklagt. Warum war er wegen Nordes angeklagt? Hatte er einen Menschen getötet? Nein, Schilling führte den Streik der Delarbeiter. Ein Polizist fiel durch eine Spiegelschale. Darauf hin wurde gegen Schilling die Anklage wegen Nordes erhoben.

(Schluß folgt.)

**Amerikanische Wegweiser.** Die Amerikaner verbinden eine großzügige Gabe der Organisation mit einer originellen Ursprünglichkeit, und diese Mischung drückt sich besonders anschaulich in den zahllosen Wegweisern aus, die in dem weiten Land überall aufgestellt sind. David Worral, der die Vereinigten Staaten im Kraftwagen nach allen Richtungen durchkreuzte, hat diesen Wegweisern besondere Aufmerksamkeit gewidmet und plaudert recht lustig darüber: „Jeder Staat hat in dieser Beziehung seine eigenen Ideen, aber die meisten Wegweiser und Tafeln, die man am Rande der Chausseen findet, sind sehr wirksam abgefaßt und bleiben im Gedächtnis haften. Auf einem abschüssigen Wege in Colorado zeigt ein Weis direkt in einen Abgrund, in dem Duzende von Kraftwagen zerstückelt liegen, so tief unten, daß sie wie Spielzeug aussehen. Unter dem Weis steht zu lesen: „Halte an oder folge diesem!“ Ein häufiges Zeichen an den Wegweisern bei Eisenbahnkreuzungen ist ein Totenschädel mit zwei gekreuzten Knochen darunter, was nicht gerade einladend wirkt. Weniger schwerlich sind die Warnungen an den Straßenecken kleinerer Städte: „Fahr langsam und sieh

die Stadt! Fahr schnell und sieh unser Gefängnis!“ „Sei kein rasender Rart!“ wird an einem anderen Wegweiser dem Kraftfahrer zugerufen, und jedenfalls ist dieser Rat weniger schrecklich als die Frage, die manchmal auf den Warnungstafeln zu lesen steht: „Würdest du gern deine eigenen Kinder töten?“ Obwohl es kaum eine Stadt oder ein Dorf in den Vereinigten Staaten gibt, die nicht in ihrem Bereich eine Verminderung der Geschwindigkeit auf höchstens 25 Kilometer in der Stunde verlangen, so wird doch nur ganz selten dem Kraftfahrer gesagt, wann er wieder schneller fahren darf. Manche tun es, und diese Höflichkeit fügen gewöhnlich noch die freundlichen Worte hinzu: „Danke schön, komm wieder!“ Man kann durch fast jeden Staat in Nordamerika ohne Karten reisen und doch an jedem Meilenstein feststellen, wie weit man noch von der nächsten Stadt oder Ortschaft entfernt ist, da die Streckenangaben auf den Hauptwegen im ganzen Lande überaus genau sind.

**Was kosten fremdländische Tiere?** Wir haben gegenwärtig eine außerordentliche Haufe in fremdländischen Tieren zu verzeichnen. Das ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die Tierbestände aller europäischen Zoologischen Gärten während des Krieges und in der Nachkriegszeit erheblich vermindert wurden und daß namentlich in Deutschland der Bestand der meisten Tiergärten zum großen Teile eingegangen ist. Diese Tiergärten gehen jetzt mit Eifer daran, sich Ersatz zu verschaffen, so daß eine starke Nachfrage nach fremden Tieren herrscht. Wie überall, so gilt auch auf dem Tiermarkt das Gesetz: Je stärker die Nachfrage, desto höher die Preise. Ein einhöckeriges Kamel z. B. kostet gegenwärtig 1000, ein zweihöckeriges 2000 Goldmark. Nicht daß der zweite Höcker soviel mehr wert wäre; die zweihöckerigen Kamel sind in der Gefangenschaft viel schwerer durchzubringen, so daß das Risiko der Händler hier ein viel größeres ist. Eine einigermassen ansehnliche Giraffe kostet etwa 20000 M. Ein Elefantenweibchen kostet 120000 M. Da indes die meisten Tiergärten auch heute noch mit großen Geldschwierigkeiten zu kämpfen haben, werden die Tierbestände zum großen Teil auf dem Tauschwege ergänzt. Die einzelnen Tiergärten haben untereinander ein ausgedehntes Tauschsystem eingerichtet, indem Tiere, die in dem einen Garten in mehrfacher Zahl vorhanden sind, abgegeben und gegen Tiere der anderen Gärten eingetauscht werden.

**Verstümmeltes Zeremoniell im dreizehnten Jahrhundert.** Die alten Jahrbücher der Medizin handeln nicht nur von Krankheiten und ihrer Heilung, sie sind auch bemüht, Regeln für die Lebensart aufzustellen, deren sich der Arzt bei Ausübung seines Berufes zu befleißigen hat. Von dieser Artstandeslehre für Ärzte enthält eine Handschrift aus dem 13. Jahrhundert ergötzliche Proben. „Wenn Ihr an das Krankenbett berufen werdet,“ heißt es dort, „so seid liebenswürdig gegenüber dem Boten, der Euch holt, und sucht Euch bei ihm darüber zu orientieren, ob der Kranke, zu dem Ihr berufen werdet, seit kürzerer oder längerer Zeit schon leidet und wie er zu dieser Krankheit gekommen ist. Seid Ihr dann bei dem Patienten, so gebt Eurem Gesicht einen ruhigen und vertrauens-erweckenden Ausdruck und vermeidet in Sprache und Bewegung alles, was als Heßgier oder Hochmut ausgelegt werden könnte. Entbietet denen, die Euch grüßen, mit demütiger Stimme den Begrüßung und seht Euch erst, wenn diese Platz genommen haben. Dann bleibt einen Augenblick sinnend sitzen, um Atem zu schöpfen, und sucht in Eueren Worten den Dialekt des Landes, in dem Ihr seid, auszudrücken. Dann erst wendet Euch dem Kranken zu und fragt nach seinem Befinden.“

